

NORDUMGEHUNG OSTHEIM

Kaum Geld für Sonderwünsche

Daß die Ortsumgehung von Ostheim kommen wird, ist längst beschlossene Sache. Im Moment lautet die Frage nur noch: Wie weit weg vom Dorf soll die Straße verlaufen?

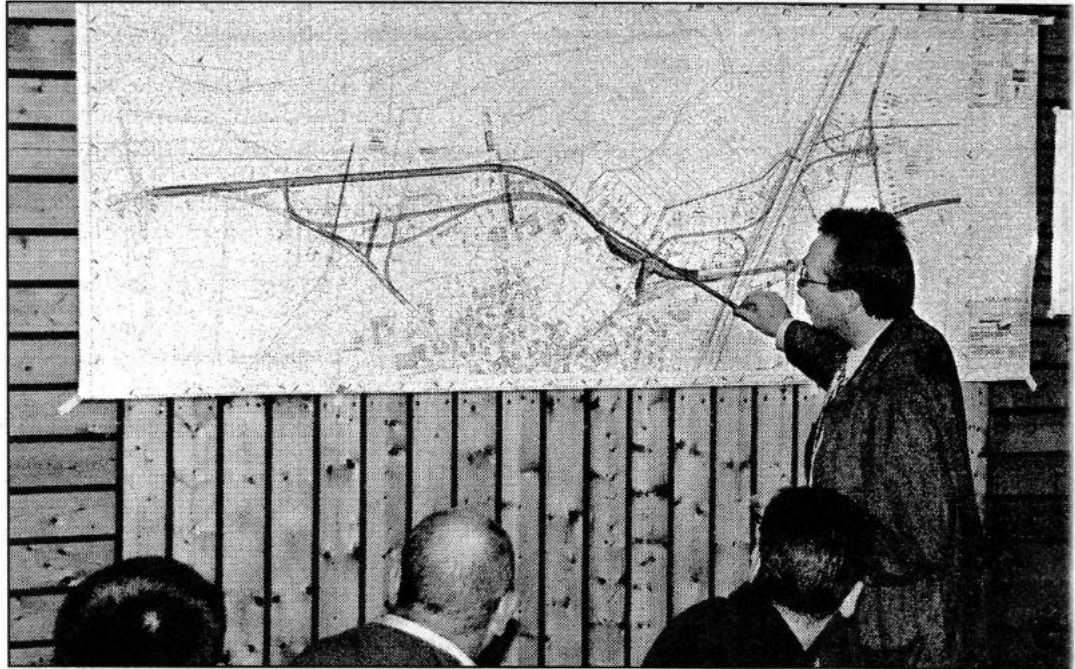
OSTHEIM ■ Um jeden Meter Straße wird gefeilscht. Ob 50 Meter, 150 oder gar 400 Meter – das haben die Bürger Ostheims, Ortsvorsteher Reiner Lampe, Bürgermeister Herbert Vaupel von Malsfeld und Vertreter der „Rebo Consult GmbH“ als beteiligte Straßenplaner in einer Bürgerversammlung am Donnerstag in teilweise hitziger Diskussion erörtert.

Vaupel und Rainer Raacke von Rebo Consult erläuterten zunächst die drei in erster Vorplanung erarbeiteten Varianten. Allen gemeinsam ist die Pflicht, an der bestehenden Autobahnbrücke beginnen zu müssen, weil eine Brückenverlegung technisch zwar machbar, aber viel zu teuer wäre, begründete Raacke seine Pläne.

Drei Varianten

Unterschiedlich sind jedoch die Straßenverläufe. Die teuerste Route führt am weitesten nördlich an Ostheim vorbei, ehe sie wieder auf die Landesstraße 3224 (Homberg – Melsungen) einmündet. Die Varianten zwei und drei führen beide knapp 60 Meter am Ortsrand vorbei, bieten aber verschiedene Möglichkeiten für den Anschluß der alten Ortsdurchfahrt.

Besonderes Augenmerk werde, laut Raacke, bei der weiteren Planung auf den Erhalt vorhandener land- und forstwirtschaftlicher Verkehrswege gelegt. Außerdem sollten die Ergebnisse aus einer zur Zeit laufenden Verkehrszählung berücksichtigt werden. Alles soll



Wie weit soll und kann die Nordumgehung um Ostheim herumführen. Diese Frage stand im Mittelpunkt der Ortsbeiratssitzung am Donnerstag im DGH des Malsfelder Ortsteils.

(Foto: SchmidtKunz)

in die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung einfließen.

Wenn schon eine Umgehung, dann möglichst weit weg von der Ortslage Ostheims, so die vorherrschende Meinung am Ende der gut zweistündigen Bürgerversammlung. Keiner der Anwohner will durch Straßenlärm belästigt werden und Einbußen in der Wohnqualität hinnehmen müssen.

Raacke zeigte sich verständnisvoll. „Wir werden einen neuen Vorschlag ausarbeiten, der Ihren Vorstellungen näher kommt“, versprach er den Bürgern. Bindende Kriterien für den Straßenverlauf blieben jedoch die Anschlußpunkte an die A 7, an das geplante Interkommunale Gewerbegebiet bei Ostheims sowie an den neuen Autobahnzubringer von der Bun-

desstraße 83 aus.

Diese Trasse – sie existiert ebenfalls in drei Planvarianten, die noch besprochen werden müssen – soll von Ostheim aus südlich an Elfershausen und nördlich an Malsfeld vorbeiführen. Auf Höhe der Domäne Fahre soll sie dann am Sommerberg auf die B 83 münden.

Ob die Ostheimer Umgehungsstraße aber tatsächlich in einer für alle Beteiligten befriedigenden Entfernung von der Wohnbebauung entsteht, bleibt fragwürdig. In diesem Punkt ließ Kurt Stöhr, Geschäftsführer des Zweckverbandes Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fuldaatal und Altbürgermeister Malsfelds, nicht allzuviel Hoffnung unter den gut sechzig Teilnehmern an der Bürgerversammlung aufkom-

men: „Der Straßenbau darf höchstens drei Millionen Mark kosten“, verkündete er.

Bei rund 200 000 Mark pro hundert Meter Straße seien die finanziellen Möglichkeiten für große Sonderwünsche doch nur sehr begrenzt. (zgr)

Umgehungsstraße weg vom Ort

Die im Zuge des Interkommunalen Gewerbegebietes Ostheim mit Autobahnanschluß und Autobahnzubringer geplante Ortsumgehung Ostheim führt der Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal (GL) nicht weit genug am Ort vorbei.

MALSFELD ■ Die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal (GL) hat in ihren jüngsten Fraktionssitzungen im Oktober über die Planungen der Ortsumgehung Ostheim im Zuge der Errichtung des Gewerbegebietes, des Autobahnanschlusses und des Zubringers beraten.

Um die berechtigten Interessen der Ostheimer zu wahren, wird eine noch über das bisher vorgestellte Konzept hinausgehende Umgehung für den Ortsteil gefordert, berichtet Karl-Heinz Otto, Fraktionsmitglied der Gemeinschaftsliste.

Die im Zuge des Interkommunalen Gewerbegebietes Ostheim mit Autobahnanschluß und Autobahnzubringer geplante Ortsumgehung Ostheim führe der GL nicht weit genug am Ort vorbei.

„Die von Bürgermeister und Planungsbüro am 7. Oktober

vorgestellten Planungen berücksichtigen die Interessen der Ostheimer Bürger nicht in ausreichendem Maße“, heißt es in der Pressemitteilung Ottos.

Alibifunktion

„Es spricht schon für sich, wenn drei Varianten vorgestellt werden, wovon zwei bereits ohnehin nicht ernstgemeint sind und nur Alibifunktion aufweisen.“

Die dritte Variante, die den Ort in nordwestlicher Richtung in einer Entfernung von etwa 120 Metern umgehen soll, werde als die vorteilhafteste Lösung dargestellt. Unter Berücksichtigung der beiden Alternativvorschläge müsse diese zunächst als begrüßenswert erscheinen. Doch der Teufel steckte bekanntermaßen im Detail.

So kam zunächst nicht zum Ausdruck, daß bei diesem Modell bereits in einer Entfernung von 60 Metern zu den ersten Grundstücken im Bereich des Steckensweges in Richtung Mosheim eine Rampe zur Überführung dieses Wirtschaftsweges beginne.

Bei den beiden weiteren vorgestellten Varianten würde diese Rampe bereits in Höhe der

dort liegenden Grundstücke beginnen. Darüber hinaus würden berechnete Hinweise in Bezug auf Lärm- und Abgasbelastungen ignoriert. Mit der Straßenführung um das Dorf herum erfolge lediglich eine Verlagerung der Probleme von den Anliegern der jetzigen Hauptstraße innerorts auf die Anwohner in dem besagten Planungsgebiet; eine Lösung des Problems erfolge damit nicht. Ziel müsse es daher sein, die Straßenführung soweit wie möglich vom Ortsrand weg zu verlagern.

Sinnvolle Alternative

„Der von dem Ortsbeirat Ostheim am 15. Oktober gefaßte Beschluß, die Straßenführung möge unterhalb der Pumpstation erfolgen, ist nicht ausreichend. Man läßt sich hier wohl eher von den zur Verfügung stehenden Mitteln leiten, die allenfalls einen solchen Streckenverlauf zulassen“, schreibt Karl-Heinz Otto.

Als sinnvolle Alternative biete sich der Verlauf der Straße in Höhe der Kastanie an, dies letztlich auch aus topographischer Sicht. Ein solcher Straßenverlauf würde bereits aufgrund der tieferen Lage einen nicht unbeachtlichen Lärm-

schutz bieten, was jedoch nicht bedeute, daß weitere Schutzmaßnahmen unterbleiben könnten. Und gerade der Lärmschutz müsse bei der Planung besondere Beachtung finden. Mit dem Bau und der Inbetriebnahme des Autobahnanschlusses sei mit einem wesentlich höheren Fahrzeugaufkommen zu rechnen. Nicht nur Pkw, sondern auch Lkw aus westlicher und östlicher Richtung werden vermehrt diese Verbindungsstraße nutzen, wobei der Schwerverkehr aus dem Fuldatal nicht zu vergessen sei, so Otto weiter. Die Kostenfrage dürfe hier nicht das alleinbestimmende Reglement sein.

Last für Ostheimer

„Es wird hier den Ostheimern eine Last aufgebürdet, die auch noch die nachfolgenden Generationen zu tragen haben. Der Hinweis, es stünden nur drei Millionen Mark zur Verfügung, kann nicht überzeugen. Soweit die zur Verfügung stehenden Landesmittel für eine sinnvolle Straßenführung nicht ausreichen, müssen die größten Nutznießer des gesamten Projektes, insbesondere des Gewerbegebietes, in die finanzielle Verantwortung genommen werden.“

(ale)

ORTSUMGEHUNG

„Straßen in Senke verstecken“

Alternativvorschläge zum Bau der Ortsumgehung Ostheim haben die Landwirte des Dorfes entwickelt. Sie wollen die Straße und die Autobahnbindung weiter weg vom Ort am Fuße des Geschelberges in einer Senke.

OSTHEIM ■ Das Ticken der Wohnzimmerruhr ist deutlich zu hören, während die Männer am Tisch Acht geben, dass die Zeit nicht davonläuft. Draußen auf der Terrasse könnte man ein so feines Geräusch nur noch mit Anstrengung wahrnehmen. Da schwappt das gleichmäßige Brummen von der nahen Autobahn selbst über die benachbarten Häuser hinweg. Auf dem ein Stückchen nordwärts gelegenen Friedhof wird man in ein paar Jahren nicht mal mehr die Worte des Pfarrers bei der Beerdigung verstehen können, fürchten die Männer am Wohnzimmertisch.

Bei Ortslandwirt Hans Paulus und seinen Berufskollegen in Ostheim stoßen die neuesten Pläne zur Ortsumgehung und den Autobahnanschlüssen auf Widerstand. Der Ort sei ohnehin schon genügend durch den Lärm von der Autobahn belastet, die Landwirtschaft durch Preag, Steinbrüche, Autobahnverbreiterung und demnächst das Gewerbegebiet immer mehr in die Enge getrieben worden. Das wollen die Bauern nicht hinnehmen.

18 Ostheimer, 14 davon Bauern, vier Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen, haben gegen die in der vergangenen Woche vom Parlament mit SPD-Mehrheit beschlossene Flächennutzungsplan-Änderung unterschrieben. Wenn das Gewerbegebiet verwirklicht werden soll, dann fordern sie wenigstens mehr Fantasie beim notwendigen Straßenbauten. Und dazu braucht's nach ihrer Meinung eine neue Brücke über die Autobahn.

Kein Damm nötig

Raus aus dem Nebelloch, weiter weg vom Ort und möglichst in die Senke des Rhündabaches müssten die geplante Umgehung und die beiden Autobahnanschlüsse. Statt auf einem sechs Meter hohen Damm sollten die Straßen lieber im natürlichen Gefälle versteckt wer-

Walter Braun, Karl-Heinz Ludwig, Kurt Braun und Hans Paulus (von links) stehen mit ihrer Meinung für eine neue Brücke nicht allein auf weiter Flur. Viele Ostheimer hätten die neuen Straßen gern weiter weg vom Ort, hier in der Senke des Rhündabaches.

(Foto: Brückmann)



den. Geschätzte 1200 Lastwagenbewegungen durch den geplanten Autohof, das dürfe sich nicht unmittelbar vor dem Ort abspielen, fordern die Landwirte. 600 bis 700 Meter weiter nördlich als die jetzt bestehende müsse eine neue Brücke über die Autobahn gebaut werden. Dann könnten dort auch die Anschluss-Stellen entstehen, die Umgehung weit hinter der Abwasser-Pumpstation das Feld in Richtung Mosheim überqueren.

Schlechte Zuschnitte

Ihre Felder würden nicht angeschnitten, sondern gerade zerteilt, die neue Straße könnte statt wie bisher geplant im Halbrund um den Ort besser geradlinig auf die Mosheimer Kreuzung zulaufen. Dadurch entstünden keine dreieckigen oder spitzwinkligen Ländereien, die viel schwerer zu bestellen sind als rechtwinklige. Karl-Heinz Trieschmann, Kurt Braun, Karl-Heinz Ludwig, Hans Paulus und Walter Braun glauben nicht, dass hier eine Flurbereinigung helfen würde. Ortslandwirt Paulus: „Die können aus einem Dreieck auch kein Viereck machen.“

Dass ihre Einwände nicht einfach vom Tisch gewischt werden, dass wollen sie notfalls mit Druck durchsetzen. Schließlich sind einige von ihnen Eigentümer der Gewerbe-

flächen, die der Zweckverband Mittleres Fuldataal vermarkten will. Nein, „es geht nur Zug um Zug“, sagt Kurt Braun. Soll heißen: Wenn eine Trasse für die Umgehung und die A-7-Anschlüsse gefunden worden sei, die auch die Interessen der Ostheimer berücksichtigt, dann könne über die Grundstücke fürs Gewerbegebiet verhandelt werden.

Schließlich geht's nicht nur um neue Arbeitsplätze, sondern auch um ihre eigenen. Ihre Betriebe seien von ihren Flächen abhängig. Wenn die in viele kleine Stücke zerschnitten würden, wenn die besten Flächen für die Ortsumgehung draufgehen, wenn sie immer weitere Wege fahren müssen mit immer teurerem Diesel, wenn es keine ortsnahen Grünflächen mehr für die Milchbetriebe gibt, dann fürchten sie mit ihren Familien um die Existenz.

Warum das Argument Nebelloch plötzlich kein Gewicht mehr haben sollte, obwohl es jahrelang galt, das sehen sie nicht ein. Und die Kostenschätzungen, die für den Neubau einer Brücke über die Autobahn kursieren, sind in ihren Augen ebenfalls zu hoch. Sechs bis zehn Millionen hat man ihnen gesagt. Beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Kassel hört sich das anders an.

Eine Million Mark würde eine neue Brücke kosten, schätz-

te gestern der Leiter der Planungsabteilung, Wulf Heise, auf HNA-Anfrage. Aber die alte Brücke sei doch noch in Ordnung, da würde sich sicherlich

Anzeige

S. Fernau-Tröbster

 36179 BEBRA,
 Austraße 14
 Ihre Adresse für
 Leder und Pelz
 Tel. 0 66 22 / 91 96 35

kein Geldgeber für eine neue finden, sagte er auch.

Die Lärmemission durch die neuen Straßen müsse der Lärmschutzverordnung entsprechen, sucht er die Ostheimer zu beruhigen. Durch die Umgehung würde die Belastung für Ostheim sogar noch geringer werden als heute. Dass die Autobahnanschluss-Stelle neu-

Anzeige

HEUTE: 10 **offenfrische** **Brötchen** **3,20**
 Bäckerei Löber, FELSBERG

en Lärm bringt, dem widerspricht er allerdings nicht. Aber: „Ich glaube nicht, dass der Zweckverband, der das Gewerbegebiet, die Anschluss-Stellen und den Zubringer möglichst schnell haben will, bereit ist, ein neues Verfahren von vorn zu beginnen.“

Pläne noch mal auf Prüfstand

Die Karten werden neu gemischt. Die Malsfelder Gemeindevertretung will die Pläne für die Anschlussstelle der A 7 bei Ostheim noch einmal auf den Prüfstand stellen. Gibt's doch einen Brückenneubau und damit weniger Belastungen für Ostheim?

MALSFELD ■ Im Februar hatte die CDU ihren Antrag zurückgezogen, weil sich niemand mehr ernsthafte Chancen für einen Brückenneubau bei Ostheim ausrechnete. Nach neuesten Informationen aus dem Verkehrsministerium kostet die Brücke aber doch nur 1,8 Millionen Mark – da witterten die Christdemokraten am Donnerstag im Parlament Morgenluft und brachten ihren Antrag erneut ein. Einstimmig wurde der in die Ausschüsse überwiesen, weil die Angaben aus Wiesbaden bisher nur der CDU-Fraktion vorlagen und vor einer Entscheidung der Gemeindevertretung noch präzisere Auskünfte

eingeholt werden sollen.

Damit können sich die Ostheimer, die mit der bisherigen Planung nicht einverstanden sind, allen voran die Landwirte des Dorfes, die ein Zerstückeln ihrer Flächen befürchten (HNA berichtete), Hoffnung auf eine ortsfernere Anschlussstelle machen.

Pläne für Senke

Ziel des CDU-Antrages ist es, dass der Gemeindevorstand „alle Schritte“ unternehmen soll, „damit eine weitere Variante für die Ortsumgehung Ostheim – in der natürlichen Senke – beplant und eine Machbarkeitsberechnung veranlasst wird“. Dieser Teil scheint im Hause von Verkehrsminister Dieter Posch bereits angegangen zu sein. Denn dort wurden die 1,8 Millionen für den Brückenneubau ebenso ausgerechnet wie weitere 500 000 Mark für den Abbruch der jetzigen Brücke und die nötige Rekultivierung des Geländes. Diese Zahlen seien ihm in dieser Woche aus Wiesbaden genannt worden, berichtete CDU-Frak-

tionsvorsitzender Klaus Rehs seinen Parlamentskollegen.

Weil bei einer Verschiebung der Anschlussstelle die Wege um rund einen Kilometer länger würden, wird allerdings mit doppelt so hohen Kosten für diese Straßenbauvariante gerechnet (10,8 Mio. DM) als für die bisher diskutierte (5,4 Mio. DM). Gegen die neuen Pläne sprechen außerdem ein Flächenmehrbedarf und ein zusätzlicher Zeitaufwand, denn „alles, was wir das ganze letzte Jahr fabriziert haben, wäre dann neu zu machen“, rechnete Bürgermeister Herbert Vaupel einer Neuauflage der Planung wenig Chancen aus.

Dennoch stimmte auch die SPD-Mehrheitsfraktion zu, über den CDU-Antrag zu diskutieren. Seine Fraktion wäre die letzte, so SPD-Chef Helmut Weber, „die etwas gegen eine Verbesserung der Situation habe“. Denn die Verwirklichung der bisherigen Pläne würde für die Ostheimer große Belastungen mit sich bringen, malte CDU-Chef Klaus Rehs ein düsteres Bild für die Einwohner

des Hochland-Dorfes. Sollte die alte Variante gebaut werden, würde Ostheim hinter einer gewaltigen Dammaufschüttung verschwinden. Dessen seien sich viele Bürger offenbar gar nicht

Anzeige

TAXI

0 56 61 30 60

oder 38 92



Dialysefahrten
Bestrahlungsfahrten
Krankenfahrten
sitzend und liegend
Flughafentransfer
Bahntransfer
Kurierdienst
Rollstühle bis 8 Pers.
Rollstuhltransport

Bartenwetter Taxi

Inh. Uwe Niedzwetzki u. Iris Werner

bewusst. Darüber müssten diese im Detail informiert werden, forderte Rehs.

Auch das Verkehrsministerium betont, dass die neue Variante für den Ort geringere Lärm- und Schadstoffbelastungen erwarten lasse, ganz abgesehen von den Vorteilen für die Landwirtschaft. (1)

STELLUNGNAHME

Bürgerinformation, wenn Planungsentwurf vorliegt

MALSFELD ■ Malsfelder Landwirte kritisieren, dass zu einem geplanten Gespräch von Zweckverband und ihnen keine kompetenten Leute kommen würden. Dazu nimmt Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel im Hinblick auf zwei Berichte Stellung, die gestern unter dem Titel „Landwirte lassen nicht locker“ und „CDU kritisiert Kosten und Informationspolitik“ erschienen sind.

Straßenbauamt präsent

An dem Gespräch, das auf Mittwoch, 12. April, 20 Uhr in der Ostheimer Schänke anberaumt sei, würden sich sowohl alle Fraktionsvorsitzenden als auch der Leiter der Planungsabteilung und stellvertretende Amtsleiter des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Kassel, Wulf Heise, teilnehmen. Aus terminlichen Gründen könne Minister Dieter Posch nicht kommen.

Abstimmung mit ARLL

Außerdem entbehre die Kritik der CDU gegenüber der Gemeinde Malsfeld und dem Zweckverband jeder Grundlage, so Vaupel. Schließlich wurde die Trassenführung der Ortsumgehung Ostheim in einem Behördentermin mit Vertretern der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde und des ARLL in Fritzlar erst am vergangenen Mittwoch abschließend beraten.

Diese Trasse entspreche den Vorstellungen Ostheims auf der Grundlage einer Bürgerversammlung sowie der Beschlusslage des Ortsbeirates. Die Tras-

se werde erstmals am 12. April vorgestellt. „Die Beratungen in den gemeindlichen Gremien zur noch anstehenden Flächennutzungsplan-Änderung werden sich anschließen“, schreibt der Bürgermeister.

Arbeitsgrundlage fehlt

Zweitens gebe es für die Trassenführung des Zubringers noch keine Arbeits- und Diskussionsgrundlage. Sobald ein erster Planungsentwurf vorliege, würde entsprechend der Absprachen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung eine Information erfolgen. „Selbstverständlich werden auch die betroffenen Ortsbeiräte Dagobertshausen, Elfershausen und Malsfeld beteiligt“, betont Vaupel.

Vertrag dieses Jahr

Darüber hinaus sei es eine unwahre Behauptung, dass der Interessenausgleichsvertrag, der zwischen der Gemeinde Malsfeld und dem Zweckverband abzuschließen sei, auch „noch nicht ansatzweise“ im Zweckverband erörtert wurde, erklärt Vaupel. Neben den erwähnten 30 000 Mark für Streudienst und Unterhaltung der übernommenen Gemeindestraßen seien eine ganze Reihe weiterer Punkte für Malsfeld von Bedeutung. Diese Punkte seien dem Vorstand des Zweckverbandes bereits vorgestellt worden. „Ein Vertrag zur Beschlussfassung wird der Verbandsversammlung noch innerhalb dieses Jahres vorgelegt“, schließt der Bürgermeister.

(ale)

Hochfliegende Emotionen bei den Ostheimern, nüchterne Sachlichkeit bei Straßenplaner Wulf Heise und Zweckverbandschef Klaus Stiegel (links). Zwei Stunden lang wurde hart um das Für und Wider einer neuen Autobahnbrücke für die Umgehungsstraße gerungen.
(Foto: Stier)



GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Bohren am Nerv des Projektes

Das gemeinsame Gewerbegebiet bei Ostheim steht vor seiner Nagelprobe: Sollte der Zweckverband sich mit den Ostheimer Bürgern nicht über die Streckenführung der Ortsumgehung einigen können, droht dem gesamten Vorhaben das Ende.

OSTHEIM ■ Im Hinterstübchen der Ostheimer Dorfkneipe prallten am Mittwochabend zwei Welten aufeinander: Hier die Bürgermeister der Kommunen, die an der Autobahn das neue gemeinsame Gewerbegebiet verwirklichen wollen und darüber in betont nüchterner Sachlichkeit informierten. Dort die Landwirte und Bürger Ostheims, die in aufgewühlter Gefühlslage dagegen ankämpften, dass ihr Dorf noch stärker als bisher schon von einem zügellosen Verkehr umbrandet und regelrecht überrollt wird.

Der Knackpunkt der Begegnung lag schnell auf dem Tisch: Die Ostheimer wollen, dass für die geplante Ortsumgehung rund 600 Meter nördlich des Dorfes eine neue Brücke über die A 7 gebaut wird. Der Zweckverband Mittleres Fuldatal verweist auf eine unzweideutige Aussage von Verkehrsminister Dieter Posch, dass dafür unter keinen Umständen Geld bereitgestellt wird (siehe Kasten „Argumente“).

Posch soll kommen

Doch so sehr sich die Bürgermeister Klaus Stiegel (Felsberg), Herbert Vaupel (Malsfeld) und Karl-Heinz Dietzel (Melsungen) auch mühten, die Ostheimer rückten im drangvollen engen Nebenraum des Dorfgasthofes kein Stück von ihrer Forderung ab.

Nach zwei Stunden engagierter Diskussion war zumindest eine Zwischenlösung gefunden: Der Zweckverband will Minister Posch zu einem Ortstermin einladen, damit der sich selbst ein Bild machen kann, wie meterhohe Erdwälle und Lärmschutzwände für die Umgehungsstraße sich auf den Ortsrand zwischen Friedhof und Autobahn auswirken würden. Dann, so die Hoffnung der Ostheimer, würde Posch vielleicht doch noch einem Brückenneubau zustimmen.

„Aber wie geht's weiter, wenn Posch auch dann bei seiner Haltung bleibt?“ fragte Stiegel. Werde dann versucht, die Umgehung nach den derzeitigen Plänen zu bauen oder sei dann das ganze Vorhaben gestorben? Stiegel: „Wir gehen an den Nerv des ganzen Projektes. Wenn wir

keinen Kompromiss finden, geht das von allen gewünschte Gewerbegebiet den Bach runter.“

Dabei, so Wulf Heise vom Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen, sei man mit der

Bebauung herum zum Ost-/Mosheimer-Kreuz geführt. Zwischen Friedhof und Autobahn solle ein Kreisverkehr eingerichtet werden, Lärmschutzmaßnahmen würden dafür sorgen, dass die Grenzwerte auf

Anzeige

Wir laden ein zur Hausmesse am 15. u. 16. April von 10.00 bis 16.00 Uhr

Martin
Elektrotechnik

K&U
Büro-Systeme

KLAUS IBA
Geschäftsinhaber

IHR PARTNER FÜR BÜRO-KOMMUNIKATION

Zum Sool 1, 36211 Alheim-Heinebach

sogenannten Variante 5 den Wünschen Ostheims so weit wie möglich entgegen gekommen. Die Umgehungsstraße werde jetzt in weitem Bogen um die

keinen Fall überschritten würden.

Zweckverbands-Vorsitzender Stiegel: „Wir wollen mit den Ostheimern zusammenarbeiten. Aber wir müssen realistisch sein und uns an die Vorgaben des Landes halten. Sonst gibt es überhaupt keine Umgehungsstraße und auch kein Gewerbegebiet.“ Schließlich seien auch die Mitgliedskommunen des Zweckverbandes nicht bereit, immer neue Millionen draufzusatteln. Dafür gebe es in den Parlamenten keine Mehrheiten, dann sei „der Weg zu Ende“.

Für die Ostheimer ist das alles kein Trost. Bürger Heinrich Otto: „Die können sich heute schon nur noch hinter ihren Lärmschutzfenstern verkriechen.“ Horst Rainer Ulrich: „Wenn dann auf der anderen Seite der Autobahn noch ein neuer Autohof hinkommt, der Tag und Nacht von Lastzügen angesteuert wird, wird es ganz und gar unerträglich für uns.“

Als Trumpfkarte im Brückenpoker können die Ostheimer Bauern ihren Landbesitz aufspielen, denn der Grunderwerb der benötigten Flächen längst noch nicht in trockener Tüchern.

ARGUMENTE

Für eine neue Brücke:

- Rund 600 Meter Abstand zum Dorf, geringere Lärmbelastung
- Einfachere Straßenführung, weil keine hohen Dämme und aufwendige Lärmschutzwände gebaut werden müssten
- Keine Probleme beim Grunderwerb
- Zustimmung der Ostheimer Bevölkerung wegen geringerer Belastung durch Verkehr

Gegen eine neue Brücke:

- Mehrkosten zwischen fünf und sechs Millionen Mark
- Kategorische Ablehnung des Landes, diese Mehrkosten zu übernehmen
- Rund zwei Hektar größerer Flächenbedarf, entsprechend größere Ausgleichsmaßnahmen wegen Flächenversiegelung
- Bund würde neuen Autobahnanschluss nicht finanzieren, weil neuer Kreuzungsbereich entstünde und Bund nach dem Straßenbaugesetz dann nicht zahlen müsste
- Beharren auf der Forderung nach einer neuen Brücke würde das bisherige Finanzierungskonzept über den Haufen werfen und könnte das gesamte Vorhaben eines gemeinsamen Gewerbegebietes kippen.

(tom)

KOMMENTAR

Auf der Kippe

Nach jahrelanger Planung stehen Konzept, Straßennetz und Finanzierung des Gewerbegebietes Ostheim, sitzen Kommunen, Land und Bund endlich in einem Boot, winken von der EU satte Fördermittel. Eigentlich könnte es losgehen.

Doch plötzlich steht alles wieder auf der Kippe. Die Ostheimer spielen nicht mit. Wollen ihr Land nicht hergeben für eine Ortsumgehung, die ihre Ackerflächen durchschneidet, sechs Meter hohe Wälle auftürmt, ungeahnte Verkehrsströme anlockt und nicht die erhoffte Entlastung vom Lärm und Gestank der Lkw bringt.

Bäuerliche Dickköpfigkeit? Ein Wunschdenken, das finanzielle Realitäten einfach nicht anerkennen will? Ja, ein gerüttelt Maß von beidem wohl auch. Denn hinhören, was die Zweckverband-Bürgermeister und Straßenplaner zu sagen hatten, wollte kaum einer von denen, die am Mittwoch lautstark ihre Ängste formulierten, freihändig mit den Millionen anderer Leute

jonglierten und immer neue Straßenvarianten aus dem Hut zauberten.

Aber: Wahr ist ja auch, dass alle anderen vom Gewerbegebiet und neuen Autobahnanschluss profitieren würden, die Ostheimer aber den größten Teil der Lasten allein schultern müssten. Da lässt sich eine realistischere Sichtweise von Melsungen und Felsberg aus leicht einfordern.

Die Kuh steht auf spiegelglattem Eis und kommt da nur weg, wenn die Ostheimer sie herunterführen.

Denn was wäre die Alternative? Die Autobahn bleibt mit ihrem Lärm, wo sie ist. Ohne das Gewerbegebiet gibt es überhaupt keine Ortsumgehung, bleibt der Verkehr auf der engen Dorfstraße. Und: Mit dem Tod des Gewerbegebietes stirbt auch die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze im Kreisteil, von der auch die Ostheimer und ihre Kinder profitieren würden. Ob all das nicht einen Kompromiss wert wäre?

Thomas Stier

HNH v. 22.4.2000

Hier muss die Brücke hin! Ostheimer Bürger zeigten Verkehrsminister Dieter Posch (mitte) wo ihrer Ansicht nach die Umgehungsstraße ihren Anfang nehmen muss. Im Hintergrund die Autobahn, rechts Malsfelds Bürgermeister Vaupel, links neben ihm Straßenplaner Karl-Heinz Siebenborn.

(Foto: Stier)



UMGEHUNGSSTRASSE

Posch: Planung wird optimiert

Schneller als erwartet hat Hessens Verkehrsminister Dieter Posch das Gespräch mit den Ostheimern über den Verlauf der Umgehungsstraße gesucht. Ergebnis: Die Planung soll optimiert werden.

OSTHEIM ■ Es war typisches Ostheim-Wetter: Überall strahlender Sonnenschein, doch in der Ostheimer Senke lag dichter Nebel, als gestern Verkehrsminister Dieter Posch sich vor Ort über den aktuellen Stand der Planung für die Umgehungsstraße des Malsfelders Ortsteils informierte. Begrüßt wurde er von einer rund 30-köpfigen Gruppe aus Ostheimer Landwirten und Bürgern, die in beton sachlicher und entspannter Atmosphäre ihre Bedenken und Argumente vortrugen.

Die Ausgangslage: Im Zuge der Erschließung des Interkommunalen Gewerbegebietes an der Autobahn sollen bei Ostheim eine neue Autobahnabfahrt und eine Umgehungsstraße gebaut werden. Weil für diese Straße die erst vor etwa zwölf Jahren fertiggestellte Autobahnbrücke genutzt werden soll, würde die Umgehungsstraße nach Ansicht der Ostheimer zu nahe am Ort liegen. Das Dorf würde dadurch unzumutbar mit Verkehrslärm und -gestank belastet.

„Zukunft der Kinder“

Ihr Vorschlag: Rund 700 Meter nördlich von Ostheim unterhalb des Geschellenberges eine neue Brücke über die Autobahn bauen. Bürgersprecher Hans

Paulus: „Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskind. Da dürfen Mehrkosten von drei Millionen Mark keine Rolle spielen.“

Das sah Minister Posch etwas anders: „Ich kann Ihnen heute realistischerweise keine neue Brücke in Aussicht stellen“, sagte er, verwies aber gleichzeitig darauf, dass im Lichte der „guten Argumente“ der Ostheimer die bisherige Planung „optimiert“ werden könnte. Eine verbesserte Planung, die die Interessen Ostheims so weit wie möglich berücksichtige, solle jetzt von den Straßenplanern erarbeitet und dann erneut mit den Landwirten und Bürgern diskutiert werden.

Kreisel tiefer legen

Möglichkeiten für eine andere Linienführung der Umgehungsstraße erläuterte Karl-Heinz Siebenborn, im Ministerium für die Straßenplanung

zuständig. Denkbar wäre, den geplanten Kreisel weiter vom Friedhof wegzurücken und – vor allem – tiefer als die bisher geplanten sechs Meter Höhe zu legen. Der vorhandene Wall, auf dem die Straße zur Brücke verläuft, würde dann als natürlicher Lärmschutz zum Dorf hin wirken. Geprüft werde auch, die Autobahnabfahrt weiter weg vom Dorf zu legen, etwa oberhalb des Teiches.

Für die Ostheimer hatte Hans Paulus nachdrücklich die Argumente für eine neue Brücke vorgestellt. Der Ort würde dadurch spürbar entlastet, ohne dass für Nachbarorte neue Belastungen hinzukämen. Auf teuren Lärmschutz und hohe Erdwälle könne verzichtet werden, wertvolles Ackerland würde geschont, der Straßenbau wesentlich erleichtert. Dies alles müsse dem Land Mehrkosten von rund 3,4 Millionen Mark wert sein.

Posch hingegen verwies dar-

auf, dass in ganz Hessen für den Landesstraßenbau nur 60 Millionen Mark im Jahr bereitstünden: „Ich muss das gesamte Land im Kopf haben und darf Ihnen keine Versprechungen machen, von denen ich genau weiß, dass ich sie nicht halten kann.“ Leider seien nun einmal nicht alle Bürgerwünsche zu 100 Prozent zu erfüllen.

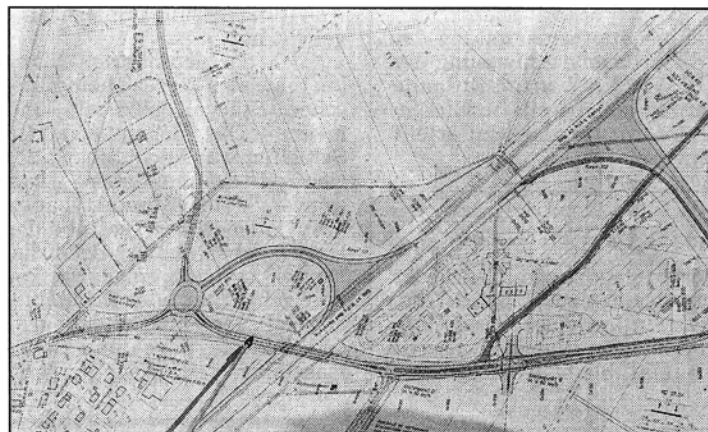
„Darf nicht kippen“

Posch hob die „überragende Bedeutung“ des Gewerbegebietes für die ganze Region hervor. Der Zusammenschluss von fünf Kommunen für dieses Ziel sei beispielhaft und könne Modellcharakter für ganz Hessen haben. Deshalb solle es auch unbedingt verwirklicht werden. Posch: „Das Vorhaben darf nicht wegen der Umgehungsstraße kippen.“

Er schlug vor, jetzt neu in die Planung einzusteigen, diese dann in Ostheim vorzustellen und mit den Maximalforderungen der Einwohner zu vergleichen. Dann müsse gemeinsam ein Kompromiss gefunden werden.

Waren beim Treffen zwischen Zweckverband Mittleres Fuldaal und den Ostheimern am Mittwoch vergangener Woche die Emotionen noch hoch gegangen, so herrschte gestern trotz unterschiedlicher Auffassungen große Sachlichkeit. Hans Paulus bedankte sich im Namen der Ostheimer ausdrücklich dafür, dass sich Posch ihrer Probleme so rasch angenommen habe, auch wenn er noch keine fertige Lösung im Gepäck hatte. Zum Dank dafür gab's für den Minister aus Melsungen sogar eine original Ostheimer „Ahle Wurscht“.

(tom)



Soll optimiert werden: Der Plan für die Umgehungsstraße mit dem Kreisel nahe dem Friedhof. Der Kreisel könnte, so die Vorstellungen, vom Friedhof weggerückt und vor allem tiefer gelegt werden.

(Foto: Stier)

WIRTSCHAFTS-MINISTER

„Das hat hier alles lahm gelegt“

SCHWALM-EDER ■ Ob Homberg eine Nordumgehung braucht, Melsungen eine Notfalls spur oder der Malsfelder Ortsteil Ostheim eine erträglichere Verkehrsführung im geplanten interkommunalen Gewerbegebiet – es dauert meist nur einige Tage, und der aus Melsungen stammende Hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) ist zur Stelle. Ergebnisse lassen dann in aller Regel nicht mehr lange auf sich warten: Homberg bekommt seine Nordumgehung, Melsungen hat bereits die Notfalls spur, und auch die Ostheimer können sich nach einem Blitzbesuch Dieter Poschs darauf verlassen, dass der sich für sie einsetzt. Tibor Pézsa sprach mit dem Minister.

Frage: Bekommen Sie in Südhessen keinen Ärger, wenn die dort unten mitkriegen, dass hier in Nordhessen plötzlich alles klappt, was vorher jahrelang nicht ging?

Dieter Posch: Nein. Ich bin ja hier nicht überproportional anwesend. Natürlich gibt's im Rhein-Main-Gebiet oder auch in Mittelhessen hin und wieder mal den Versuch, mir das Nordhessische anzuhängen. Aber das gelingt nicht, weil ich mich für

Themen stark mache, die durchaus von landesweiter Bedeutung sind: den Ausbau des Frankfurter Flughafens zum Beispiel, die Landesbank, den Transrapid. Der Transrapid ist ja nicht nur ein Kasseler Projekt, sondern ein Technologieprojekt.

Und so nebenbei lösen Sie ein nordhessisches Problem nach dem anderen.

Posch: Der Schwerpunkt der politischen Versäumnisse lag nun einmal in Nordhessen. Beispiel A 44: Da wurde fünf Jahre lang diskutiert, bevor man überhaupt mit den Planungen anfangen hat. Dabei ist der politische Dissens in Nordhessen, was die regionalen Interessen angeht, sehr gering. Aber die SPD hat die wesentlichen Projekte nicht realisiert. Die haben bis in die zweite Legislaturperiode ihrer Regierungszeit hinein keinen Konsens mit ihrem grünen Koalitionspartner gefunden. Das hat hier alles lahm gelegt.

Wie kommt's, dass jetzt plötzlich Geld für alle nötigen Projekte da zu sein scheint?

Posch: Ganz so ist es ja auch nicht. Allerdings haben wir Mittel umgeschichtet. Die Homberger Nordumgehung konnte rea-

lisiert werden, weil das Projekt als ganzes in der Prioritätenliste gestiegen ist. Die Straße hat ja für das interkommunale Gewerbegebiet Ostheim eine wichtige Erschließungsfunktion. Und daran hängen nun einmal die dringend notwendigen Arbeitsplätze.

Irgendwoher muss ja aber doch das Geld kommen. Woher?

Posch: Wir haben zum Beispiel das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geändert. Das Geld kommt jetzt wieder je zur Hälfte dem ÖPNV und dem Straßenverkehr zugute. Bei Rot-Grün war das Verhältnis auf 65 Prozent für den ÖPNV und 35 Prozent für die Straßen verschoben worden. Nur: Im ländlichen Raum macht dies überhaupt keinen Sinn, denn da ist der ÖPNV normalerweise Busverkehr. Auch Busse brauchen gute Straßen. Unsere Verkehrsprobleme werden wir zwar nicht allein auf der Straße lösen. Aber so kommt etwas mehr Geld in die Projekte, die wirklich gebraucht werden.

Und der CDU-Skandal ist bei Ihnen kein Thema mehr?

Posch: Der ist in den Hintergrund getreten. Für mich und meine Parteifreunde kann ich

jedenfalls sagen, dass der Skandal unsere tägliche Arbeit nicht behindert hat. Bei den Kollegen von der CDU, die ja unter Dauerbeschuss standen, war das zeitweise anders. Aber das ist vorbei. Ein anderes Thema ist die Frage, inwieweit das Wahlprüfungsgericht in seiner jetzigen Verfassung Bestand haben sollte.

Peinlich, dass Ihnen das erst auffällt, nachdem das Wahlprüfungsgericht in letzter Konsequenz sogar Ihre Regierung kippen könnte.

Posch: Natürlich müssen wir uns mit dem Vorwurf auseinander setzen, dass wir die Normenkontrollklage gegen das Wahlprüfungsgericht nur in eigener Sache erhoben haben. Aber in Hessen hat sich doch vorher niemand ernsthaft Gedanken über das Wahlprüfungsgericht gemacht. Verfassungsrechtliche Bedenken habe ich angesichts des Umstands, dass es gegen eine Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts keine Rechtsmittel geben soll. Und welches Gericht darf eigentlich Mitglieder haben, die in eigener Sache entscheiden können? Hier sind es drei Abgeordnete neben den beiden Richtern.

Keine Brücke, neue Planung

Beim Bau der Umgehungsstraße für Ostheim soll es keine neue Autobahnbrücke geben. Dafür wurde die bisherige Planung den Wünschen der Ostheimer entsprechend verbessert.

OSTHEIM ■ Für die geplante Umgehungsstraße des Malsfelder Ortsteils Ostheim wird es die von vielen Dorfbewohnern und Landwirten gewünschte neue Autobahnbrücke nicht geben. Dafür wurde die bestehende Planung so verbessert, dass Lärmbelastungen für den Ort auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Dies ist das Ergebnis einer Neuplanung durch das hessische Verkehrsministerium, die den Ostheimern von Minister Dieter Posch bei einem Ortstermin im April zugesagt worden

war. Gestern hatten Posch und die Bürgermeister der im Zweckverband Mittleres Fulda-tal zusammengeschlossenen Kommunen rund 25 Ostheimer Landwirte und Grundstückseigentümer über die überarbeiteten Pläne informiert.

Gegen die neue Brücke, so Posch und sein Chefplaner Karl-Heinz Siebenborn, hätten zahlreiche Gründe gesprochen. Dabei stellten die Mehrkosten von rund vier Millionen Mark nur einen, wenn auch gewichtigen Aspekt dar. Hinzu kamen die größeren Eingriffe in Natur und Landschaft durch neue Straßen und längere Wegstrecken, mit denen auch umfangreichere Ausgleichsmaßnahmen notwendig geworden wären.

Ausschlaggebend für die Ablehnung aber sei der Zeitfaktor gewesen, begründete der Verkehrsminister die Entscheidung. Eine neue Autobahnbrücke

hätte die bisherigen Ergebnisse der fast achtjährigen Diskussion und Planung zunichte gemacht. Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel: „Wir müssten praktisch wieder bei Null anfangen. Damit hätte das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim kaum noch eine Chance.“

Dennoch, so die Einschätzung des Zweckverbandes und des Ministeriums, habe sich der Protest der Ostheimer gelohnt, weil nun eine Planung vorliege, die Forderungen der Dorfbewölkerung an die neue Umgehungsstraße so weit wie irgend möglich berücksichtige. Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel: „Die Bürger haben eine Menge erreicht. Die neue Lösung berücksichtigt weitgehend die Wünsche des Ortsbeirates und kann von mir dem Parlament guten Gewissens zur Annahme empfohlen werden.“

Chefplaner Siebenborn erläuterte die jetzt gefundenen

Veränderungen: So soll der Kreisel, der den Verkehr vom und zum neuen Autobahnanschluss Ostheim verteilen soll, weiter von der Bebauung und dem Friedhof entfernt gebaut werden. Lag der Kreisel in der ursprünglichen Planung noch neun Meter hoch, so sind es jetzt nur noch 4,50 Meter.

Keine Lärmbelastung

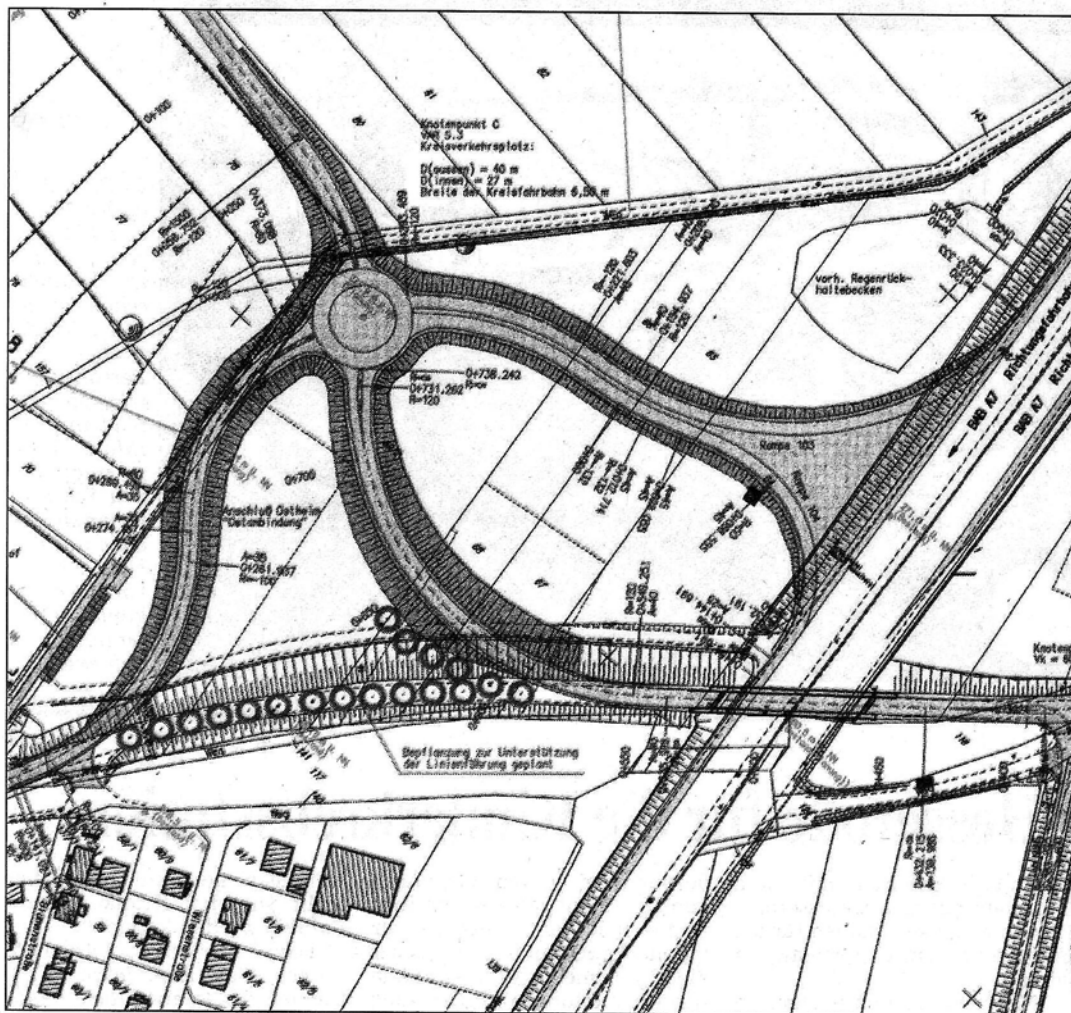
Neue Berechnungen durch das Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen hätten ergeben, so Siebenborn, dass sämtliche Lärm-Grenzwerte bei dieser Lösung deutlich unterschritten würden. Durch Aufschüttungen und Pflanzungen werde auch der Blick auf den Kreisel vom Dorf aus verstellt, so dass es auch zu keinen optischen Beeinträchtigungen komme.

Auch die eigentliche Umgehungsstraße wurde tiefer gelegt: Der Erdwall, auf dem sie verlaufen soll, ist nur noch vier statt 6,50 Meter hoch. Die Straße (siehe Zeichnung) verläuft nun in großem Bogen rund 400 Meter von den nächsten Häusern entfernt, ziemlich genau auf halbem Weg zwischen Ostheim und Mosheim und mündet kurz vor dem Abzweig nach Mosheim auf die Landesstraße 3224.

Wichtigstes Argument für die jetzt gefundene Lösung: Sie bewegt sich vollständig innerhalb

Anzeige

S. Feruau-Probst
 36179 BEBRA,
 Austraße 14
 Ihre Adresse für
 Leder und Pelz
 Tel. 066 22 / 91 96 35



212 Meter ist der Kreisel am geplanten neuen Autobahnanschluss Ostheim jetzt vom nächsten Wohnhaus entfernt, auch die Umgehungsstraße verläuft 400 Meter abseits der Bebauung auf einem nur noch vier Meter hohen Wall. Messungen haben ergeben, dass bei dieser Lösung sämtliche Lärm-Grenzwerte deutlich unterschritten würden, sagt das Verkehrsministerium.

(Repro: nh)

der bestehenden Planungen und könnte ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden. Immerhin hat das Kasseler Regierungspräsidium schon den Flächennutzungsplan-Änderungen für den neuen Autobahnanschluss und das Gewerbegebiet zugestimmt. Inzwischen befinden sich auch fast 90 Prozent der benötigten Flächen im Besitz des Zweckverbandes. Der wird in seiner Sitzung am 9. August (19.30 Uhr, Rathaus Malsfeld) darüber beschließen, am 24. August ist das Malsfelder Parlament an der Reihe.

Gibt es auch da eine Mehrheit, kann die Planung zur Genehmigung des Autobahn-Anschlusses ans Bundesverkehrsministerium geschickt werden. Stiegel gab das Ziel vor: „Ende dieses Jahres müssen wir Bau-recht haben.“

(tom)

KOMMENTAR

Spatz in der Hand...

Sie haben gekämpft und sie haben einiges erreicht: Die Planung für Umgehungsstraße und Autobahnanschluss Ostheim wurde so überarbeitet, dass die von ihnen ausgehenden Belastungen fürs Dorf deutlich verringert wurden. Trotzdem waren die etwa 25 Ostheimer, denen gestern durch Verkehrsminister Dieter Posch die neue Lösung vorgestellt wurde, nicht rundum zufrieden. Ihr Favorit heißt weiter neue Autobahnbrücke.

Die aber wird es nicht geben. Es wäre schön, wenn die Ostheimer jetzt umdenken könnten: Weg von der Idee einer nur für sie optimalen Lösung, hin zu einer Art Gesamtverantwortung für ein Projekt, von dem die ganze Region und damit auch sie selbst profitieren werden.

Tatsache ist: Dem hessischen Verkehrsministerium liegen 140 Anträge auf neue Autobahnanschlüsse vor, die allesamt vom Bund abgelehnt wurden. Einzige Ausnahme: Ostheim. Hier gibt es eine verbindliche Zusage.

Ob die noch gilt, wenn jetzt sämtliche teilweise schon ge-

nehmigten Planungen wieder über den Haufen geworfen werden, erscheint mehr als fraglich. Die schon seit 60 (!) Jahren geführte Diskussion um einen Autobahnanschluss Ostheim könnte dann endgültig beendet werden.

Das würde bedeuten: Keine Umgehung in Ostheim, ein wachsender Verkehr rollt mitten durchs Dorf. Kein Gewerbegebiet, keine neuen Arbeitsplätze. Kein Zubringer von der B 83, keine Entlastung der anderen Hochlanddörfer und der B 83 in Melsungen. Kein Modellprojekt eines interkommunalen Gewerbegebietes für Hessen. Eine (fast) spruchreife Planung für das wichtigste Entwicklungsvorhaben im Kreisteil Melsungen ist reif für den Papierkorb, während die Konkurrenten für neue Gewerbeansiedlungen in Kassel, Edermünde, Baunatal und Hersfeld ihre Chancen suchen.

Verkehrsprojekte ohne Belastungen gibt es nicht. Da gilt es abzuwägen: Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.

Thomas Stier

08.09.2000

Schon 110 Unterschriften gesammelt

Mit einer Unterschriftenliste wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative deutlich machen, dass viele Ostheimer hinter ihnen stehen. Sie streiten weiter für einen Brückenneubau.

OSTHEIM ■ Durch eine Unterschriftenliste, in der sich seit Mittwochabend bereits 110 wahlberechtigte Ostheimer eingetragen haben, will die Bürgerinitiative eine Überarbeitung der Pläne für die Umgehungsstraße erreichen. Auf reges Interesse war eine Versammlung mit voraus gehender Ortsbesichtigung gestoßen, zu der die BI für Mittwochabend eingeladen hatte. Das Ostheimer Dorf-

gemeinschaftshaus war rappellvoll, die Stimmung zum Teil erhitzt, wie BI-Mitglieder berichteten. Als Gesprächspartner standen den Befürwortern eines Brückenneubaus, Bürgermeister Herbert Vaupel und Gemeindevorteiler Heinz Schneider (SPD), Rede und Antwort.

Angesichts der großen Beteiligung habe die BI zum ersten Mal klar machen können, „dass unsere Variante eine Mehrheit hat im Dorf“. Dies sei Vaupel wohl bisher nicht so klar gewesen, freute sich Hans Paulus, Ortslandwirt von Ostheim und BI-Mitglied der ersten Stunde. Entkräftet habe die BI auch den Vorwurf, den sie sich schon von Hessens Verkehrsminister Dieter Posch habe gefallen lassen müssen, dass ihre Kritik zu spät

komme. Bereits im Januar hätten die Landwirte Widerspruch gegen einen anstehenden Parlamentsbeschluss zur Bebauungsplanänderung eingelegt.

Schließlich habe man auch dar legen können, dass der einstimmige Beschluss des Ortsbeirates, der sich mit der Variante des Verkehrsministeriums einverstanden erklärt hatte, nur deshalb so gefällt wurde, weil Zweckverbands-Geschäftsführer Kurt Stöhr in der entscheidenden Sitzung von Mehrkosten in Höhe von sechs bis zehn Millionen Mark gesprochen habe. Das habe auch der GL-Vertreter im Ortsbeirat so klar gestellt. Diese Zahl wurde inzwischen bei etwa vier Millionen fest gemacht.

Gegenüber der HNA bestä-

tigte Bürgermeister Herbert Vaupel seine Ankündigung vom Mittwochabend, dass er die Unterschriftenlisten der Ostheimer BI mit der Bitte zur neuerlichen Überprüfung der Trassenführung für eine Ortsumgehung an Verkehrsminister Posch weiterleiten werde. Vaupel zur Zahl der Neubau-Befürworter: „Es geht nicht mehr nur um einen kleinen Kreis.“ „Ich kann diesen Wunsch nachvollziehen bei all meiner Skepsis bei dem, was planungsmäßig schon auf den Weg gebracht ist.“ Deshalb verschließe er sich der Bitte der Ostheimer um Unterstützung nicht. Allerdings sei er wenig optimistisch, dass die Planung wieder neu aufgerollt wird: „Der Ausgang liegt nicht in meiner Hand.“ (l)

HNA v. 19.10.2000

NORDUMGEHUNG OSTHEIM

Brücke würde 6,6 Mio. mehr kosten

Würde für die Nordumgehung von Ostheim eine neue Autobahnbrücke gebaut, müssten 6,6 Millionen Mark mehr finanziert werden. Diese Auskunft erhielt Wirtschaftsminister Posch aus Berlin.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Das Bundesverkehrsministerium in Berlin hat grundsätzlich nichts gegen die Verschiebung eines neuen Autobahn-Anschlusses bei Osteheim einzuwenden. Doch diese Nachricht, die Hessens Wirtschafts- und Verkehrsminister Dieter Posch (FDP) auf Nachfrage aus der Hauptstadt erhielt, hat einen gewaltigen Pferdefuß: Sollte von der bisherigen Planung mit der bestehenden Brücke über die A7 abgewichen werden, zahlt der Bund keinen Pfennig.

Posch: „Wenn der Bund nicht mehr im Boot ist, entsteht eine

Deckungslücke für den Autobahnanschluss von rund 6,6 Millionen Mark.“

In einem Schreiben an den Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fuldataal rechnete Posch vor, wie es zu dem Finanzierungsloch kommt:

Die inzwischen gefundene und von der Zweckverbands-Versammlung gut geheißene Lösung für die Nordumgehung Ostheims würde zwischen 6,2 und 6,6 Millionen Mark kosten. Davon übernimmt das Land vier Millionen, der Bund 2,6 Millionen Mark.

Würde der Autobahnanschluss dagegen verlegt, wie es von der Bürgerinitiative Ostheim gefordert wird, entstünden Kosten zwischen 10,2 und 10,6 Millionen Mark.

Weil aber der Bund seinen Anteil von 2,6 Millionen Mark nur dann zahlen will, wenn der Anschluss wie geplant gebaut wird, würden beim Bau einer

neuen Brücke 6,6 Millionen Mark fehlen. Die entstehen durch die Mehrkosten von vier Millionen Mark und den Wegfall der Bundesmittel.

Keine neue Planung

Posch berichtete, dass ihn der Vorstand des Zweckverbandes gebeten habe, die weiträumige Umgehung Ostheims mit der neuen Brücke nicht weiter zu verfolgen. Der Grund: In einem solchen Fall müsste komplett neu und mit großem Zeitverlust geplant werden. Dann könnten die nur bis zum Jahr 2005 in Aussicht stehenden Fördermittel für die Erschließung und Besiedelung des Gewerbegebietes nicht mehr genutzt werden.

Er habe daher dem Wunsch des Zweckverbandes entsprechen, an der bestehenden Planung festzuhalten, erklärte der Minister. In der Tat gehe es darum, das Gewerbegebiet

schnellstmöglich zu realisieren, weil ansiedlungswillige Betriebe vor der Tür stünden.

Die im Zweckverband zusammengeschlossenen Kommunen Melsungen, Felsberg, Spangenberg, Morschen und Malsfeld hätten es in der Hand, welche Planung letztlich realisiert werden soll, erklärte Posch. Allen müsse aber klar sein, dass bei einer Neuplanung erhebliche Kosten entstünden. Das Land habe seine Aufgabe erledigt. Falls Änderungen gewünscht würden, sollten sie vom Zweckverband beschlossen werden.

Dessen Vorsitzender, Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel, sieht dafür aber keine Chance: „Die Mitgliedskommunen haben schon jetzt erhebliche Kosten zu tragen“, meinte Stiegel zur HNA. Ihnen jetzt noch einmal 6,6 Millionen Mark aufzubürden, sei kaum zu vermitteln. Stiegel: „Das ist von den fünf Kommunen niemals aufzubringen.“ (tom)



Hier könnte die neue Ausfahrt gebaut werden, demonstriert die Interessengemeinschaft Zukunft Ostheim mit einem großen Schild am Rand der Autobahn in respektablem Abstand zum Dorf. Denn im Verkehr untergehen soll Ostheim nicht, wie Hans Paulus auf einem der Sweatshirts zeigt (kleines unteres Bild). Kleines Foto oben: Gegen noch mehr Lärm und Abgase wird an mehreren Stellen im Dorf protestiert. (Fotos: Brückmann)

GEWERBEGEBIET

Vaupel plant Geld für neue Brücke ein

Im Malsfelder Haushalt 2001 sollen 800 000 Mark eingeplant werden – als Gemeindeanteil für den Fall, dass doch eine neue Brücke über die A 7 bei Ostheim gebaut wird.

MALSFELD ■ Die Gemeinde Malsfeld plant für eine neue Brücke bei Ostheim 800 000 Mark als Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2001 ein.

VON ANDREA BRÜCKMANN

Das bestätigte Bürgermeister Herbert Vaupel gestern auf Anfrage der HNA. Das heiße nicht, dass die Gegner einer ortsnahe Anbindung an die A 7 beim neuen Gewerbegebiet sich durchgesetzt hätten. „Malsfeld kann das nicht allein entscheiden, selbst wenn wir das möchten.“ 800 000 Mark, das sind 11,11 Prozent von 6,6 Millionen Mark. Diese Summe ist als Mehrkosten bei einem Brückenneubau im Gespräch. 11,11 Prozent entspricht dem Anteil, mit dem sich die Gemeinde Malsfeld ins Gewerbegebiet einbringt.

Zwar sind die 800 000 Mark bisher nur im Entwurf des Etats eingestellt. Jedoch geschah dies auf Initiative des SPD-Ortsvereins Ostheim, wie Vaupel betonte. „Die anderen sind gar nicht erst auf die Idee gekommen, das zu beantragen.“ Einstimmig sei der Vorschlag vom Ortsbeirat angenommen worden. Da die

SPD in der Gemeindevertretung die Mehrheit hat, ist wahrscheinlich, dass dieser Vorschlag auch im Parlament Zustimmung findet. Der Gemeindevertretung stellt Vaupel den Entwurf am kommenden Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, in einer öffentlichen Sitzung im Rathaus vor. Diskutiert wird über die Einzelheiten des Etats dann erst später nach der Beratung in den Fraktionen und den Ausschüssen.

Schon am kommenden Montag bringt Vaupel den Entwurf des Haushaltsplanes im Gemeindevorstand ein. Wenige Stunden vorher tagt der Vorstand des Zweckverbandes fürs Interkommunale Gewerbegebiet. Der Malsfelder Bürgermeister, selbst Vorstandsmitglied des Zweckverbandes, bestätigte,

dass eine erneute Diskussion über die Trassenführung der Autobahnanlüsse, der Umgehung und des Zubringers dort auf der Tagesordnung steht.

Wie berichtet, ist eine Interessengemeinschaft Ostheimer Bürger gegen ortsnahe Straßenbauten. Eine ortsfernere Lösung ließe sich aber nur mit einer neuen Brücke verwirklichen. Wenn von der bisher festgeschriebenen Planung abgewichen werde, würde sich aber der Bund nicht mehr an den Kosten beteiligen, hatte der Hessische Verkehrsminister Dieter Posch gesagt.

Auf HNA-Anfrage, ob er einen Brückenneubau unterstützen werde, wies Posch gestern auf die Zuständigkeit des Zweckverbandes hin. „Ich bin nicht der Adressat.“ Die vorlie-

gende Planung sei mit dem Verband abgestimmt. Wenn dieser eine andere Planung haben wolle, müsse der Vorstand ihn davon in Kenntnis setzen. „Eine erneute Überprüfung käme nur dann in Betracht, wenn der Zweckverband dies beantragen würde“, hatte Posch Mitte Oktober an Vaupel geschrieben.

Dieser Satz weckt bei der Interessengemeinschaft Hoffnung, dass die ortsnahe Straßenbauten noch zu verhindern sind. Vaupel sagte, mit der Einstellung der Haushaltsmittel wolle er „die Ernsthaftigkeit unserer Gemeinde belegen“. Er gebe dem Brückenneubau noch

Anzeige

Shirts, Schilder, Spenden

„Zukunft Ostheim“ – das ist der neue Titel der Interessengemeinschaft, die immer professioneller arbeitet. Autoaufkleber und Sweatshirts mit dem Bild eines vom Verkehr überfluteten Dorfes und der Unterschrift „So soll Ostheim nicht enden“ wurden gedruckt. Diese tragen die Mitglieder der IG bei ihren Treffen und Aktionen.

Einmal wöchentlich, meist Donnerstagabends, trifft sich die Bürgerinitiative in der Ostheimer Schänke, um das wei-

tere Vorgehen zu besprechen und Aktionen vorzubereiten.

Rund ums Dorf finden sich Schilder, die auf den Protest gegen Autobahnanschluss und Umgehung in Ortsnähe hinweisen. Auch ein Spendenkonto wurde eröffnet: 20 82 33 0 bei der VR-Bank Schwalm-Eder, BLZ 520 626 01. Schließlich gilt es auch, die Beratung durch eine Fachanwältin für Verwaltungsrecht zu finanzieren. Sie wurde von der Initiative inzwischen eingeschaltet. (1)

TAXI

Jens Marggraf

0561

1220

Viel mehr als nur Taxi.

Chancen, „wenn sich eine solide Finanzierung abzeichnet“. Schwer werde es allerdings, bei einer Neuplanung die Belange des Naturschutzes durch den größeren Flächenverbrauch zu befriedigen. „Wir haben selbst bei der ortsnahe Trasse Probleme mit den Naturschutzbehörden.“

UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

Kein Geld vom Zweckverband

Die vier anderen Kommunen im Zweckverband Mittleres Fuldaatal sehen sich außerstande, für eine ortsfernere Umgehung Ostheims weitere Millionen locker zu machen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Die Gemeinde Malsfeld hat für eine ortsfernere Umgehung Ostheims 800 000 Mark als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt des nächsten Jahres eingestellt. Doch die anderen im Zweckverband Mittleres Fuldaatal zusammengeschlossenen Kommunen werden diesem Beispiel nicht folgen.

„Das geht einfach nicht“, sagte Felsbergs Bürgermeister und Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel zur HNA. Die 6,6 Millionen Mark Mehrkosten, die bei der von der Ostheimer Bürgerinitiative geforderten Variante vom Zweckverband zusätzlich bezahlt werden müssten, seien nicht aufzubringen.

Genauso sieht das Melsun-

gens Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel: „Die Finanzierung der Kosten für Autobahn-Anschluss und Umgehungstraße Ostheim sind originäre Aufgaben von Bund und Land. Das kann die Stadt nicht leisten.“ Er vertraue darauf, dass die Straßenplaner die Belange Ostheims berücksichtigen. An der von allen Behörden genehmigten Variante solle festgehalten werden.

Ebenso definitiv die Absage von Spangenberg's Bürgermeister Hans-Jürgen Köbberling: „Wir wollen ein Gewerbegebiet erschließen, aber keine Umgehungstraße für Ostheim bezahlen. Es gibt keinerlei Bereitschaft, hierfür mehr Geld als bisher verabredet bereitzustellen.“

Abgestimmte Planung

Der Verband habe sich von Anfang an für eine Umgehung Ostheims eingesetzt, die so weit wie möglich vom Ort entfernt verlaufen solle, sagte Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel für den Zweckverband. Dies sei nun

in einer mit allen Behörden abgestimmten Planung auch erreicht worden, wenn auch nur unter Einbeziehung der bestehenden, ortsnahen Autobahnbrücke.

Würde von dieser Variante jetzt abgewichen, würden alle Grundlagen ins Wanken geraten, auf denen bisher geplant wurde und für die alle Zusagen vorlägen.

Es sei den Parlamenten der anderen vier Mitgliedskommunen einfach nicht zu vermitteln, dass nun noch einmal Millionenbeträge zusätzlich benötigt würden, sagte Stiegel.

Das Geld sei aber nur ein Aspekt, meinte Stiegel weiter. Hinzu käme, dass bei der jetzigen Variante nach Berechnungen der Straßenplaner sämtliche Lärmschutzgrenzwerte eingehalten würden. Die Straßenplaner hätten zugesagt, nach Bau der Umgehungstraße neu zu messen. Sollten Lärmwerte dann doch überschritten werden, so werde nachgebessert.

Derzeit, so Stiegel, sei eine Situation erreicht, in der wohl we-

der die Bürgerinitiative auf der einen noch der Zweckverband auf der anderen für die Argumente des jeweiligen Gegen-

Anzeige

TAXI

0 56 61 30 60
oder **38 92**



Dialysefahrten
Bestrahlungsfahrten
Krankentransporte
sitzend und liegend
Flughafentransfer
Bahntransfer
Kurierdienst
Kleinbusse bis 8 Pers.
Rollstuhltransport

Bartenwetter Taxi
Inh. Uwe Niedzwetzki u. Iris Werner

übers erreichbar seien. Der Verband wolle seine Sichtweise und Argumente noch einmal in einem „offenen Brief“ bündeln und der Bürgerinitiative vorstellen. Auch eine weitere Bürgerversammlung sei denkbar.

(tom)

Bürgerinitiative: Geld im Etat nur erster Schritt

OSTHEIM ■ Die Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ hat die Bereitstellung von 800 000 Mark im Malsfelder Haushaltsplan 2001 für eine ortsferne Ortsumgehung begrüßt. Dies, so die BI in einer Pressemitteilung, könne aber nur ein erster Schritt sein, an dem sich alle weiteren Entscheidungen der Gemeinde orientieren müssten.

Wie berichtet hat Malsfeld 800 000 Mark als Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan des kommenden Jahres verankert. Allerdings haben die anderen vier Kommunen, die im Zweckverband Mittleres Fuldataal zusammengeschlossen sind, es abgelehnt, ihren Anteil an den 6,6 Millionen Mark aufzubringen. Soviel würde die von der BI gewünschte Umgehungsvariante mit einer neuen Autobahnbrücke mehr kosten, als die derzeit vom Land vorgesehen Lösung.

Die BI forderte die Gemeinde Malsfeld auf, durch entsprechende Beschlüsse zu den Flächennutzungsplänen nun den Worten auch Taten folgen zu las-

sen. Bürgermeister Vaupel wurde aufgefordert, im Zweckverband die Position der Ostheimer Bevölkerung und damit die Interessen seiner Gemeinde zu vertreten. Im Zweckverband müsse klar gemacht werden, dass die vom künftigen Gewerbegebiet ausgehenden Belastungen für die Malsfelder Ortsteile auch finanzielle Solidarität erfordere.

Von Bürgermeister Vaupel erwartet die BI das Beziehen einer klaren Position in dieser Angelegenheit.

HNA-Lesertreff

Zum Thema Ortsumgehung Ostheim organisiert die HNA „Melsunger Allgemeine“ am kommenden Mittwoch, 29. November, einen Lesertreff im Gasthaus „Jägerhof“ in Malsfeld. Ab 19.30 Uhr können dort die Argumente der Bürgerinitiative mit denen des Zweckverbandes und des Landes ausgetauscht werden. Alle Interessierten sind dazu willkommen.

(tom)

BÜRGERFRAGEN

Nicht immer voll zufrieden

MALSFELD ■ Gefragt wurde viel beim HNA-Lesertreff in Malsfeld, auf jede Frage gab's auch eine Antwort. Dass die nicht immer zur Zufriedenheit des Fragestellers ausfiel, scheint verständlich, wenn hinter der Frage schon ein festes Meinungsbild steht.

Ralf Siegbert Geiser sorgte sich um die Lärmbelastung, die vom geplanten Kreisell und der



Karlheinz Otto aus Ostheim

Umgebung auf Ostheim ausstrahle. „Lärm bringt Leute um“, formulierte es auch Pfarrer Stefan Weiß, Umweltbeauftragter der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck. Wenn 11.000 Fahrzeuge täglich über den Kreisell rollen, sei es mit der Ruhe auf dem nahen Friedhof vorbei. „Für das Gewerbegebiet werden die Bürger Ostheims ein Stück weit geopfert.“

Sämtliche Grenzwerte, so Straßenplaner Wulf Heise, würden laut Berechnungen eingehalten. Sollten spätere Messungen ergeben, dass die tatsächliche Belastung höher sei, könne nachgebessert werden.

Auch Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel verwies darauf, dass die geplante Umgehungsstraße mehr Lärmschutz- und Sicherheitsvorkehrungen



Horst Ullrich aus Ostheim

aufweise, als sie gesetzlich gefordert seien. Die Entfernung Friedhof-Kreisell betrage nach der überarbeiteten Planung 150 Meter, die Umgehung selbst werde fast überall mindestens 200 Meter von den Häusern entfernt sein.

Horst Ullrich aus Ostheim bezweifelte die Richtigkeit der Verkehrszählungen und Prognosen. Karlheinz Otto aus Ostheim verwies auf eine Studie, die einen Anstieg des Schwerverkehrs in den nächsten 20 Jahren um 50 Prozent vorhersage. Die Prognose der Kasseler Behörde mit nur 20 Prozent liege da viel zu niedrig. Otto befürchtete zudem, dass zwischen den Autobahnen 44 und 7 ein erheblicher Querverkehr entstehen werde.

Solche Zuwächse im Lkw-Aufkommen, so Wulf Heise, seien durchaus für bestimmte Regionen Deutschlands denkbar, nicht aber für Nordhessen und



Heinrich Otto aus Melsungen, wohnte Jahrzehnte in Ostheim.

nicht auf Straßen in Nord-Süd-Richtung. Für einen Querverkehr zwischen den Autobahnen bestehe schlicht kein Bedarf, meinte Heise. Hier würden nicht mehr als 500 bis 600 Fahrzeuge zusätzlich erwartet, wenn die A 44 und der Anschluss Ostheim einmal gebaut seien.

Roland Albrecht aus Melsungen wollte wissen, ob bei großer zeitlicher Verzögerung das Gewerbegebiet überhaupt noch Sinn mache und ob es auch ohne Gewerbegebiet eine Umgehung für Ostheim gebe.

Von Bürgermeister Vaupel

kam dazu ein klares „Nein“. Ohne Gewerbegebiet reiche der Verkehr bei Ostheim nicht für den Bau einer Umgehung aus. Zeitliche Verzögerungen könnten das ganze Vorhaben gefährden. Immerhin habe das Land gerade 70 Prozent der Erschließungskosten als Beihilfe angeboten. Fördermittel der EU seien bis zum Jahr 2005 begrenzt. Ohne diese Mittel aber werde die Ansiedlung von Betrieben schwierig.

Heinrich Otto aus Melsungen erinnerte an das „Bild des Grauens“ bei einer Massenkarambolage im Nebel auf der A 7 vor 30 Jahren. In einem solchen Nebelloch dürfe es weder eine Autobahnabfahrt noch einen „Todeskreisell“ geben, forderte er. Ähnlich äußerte sich auch Reinhard Freitag aus Beiseförth, der dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen vorhielt, vor Jahren selbst den Bau eines Autobahnanschlusses an der geplanten



Stefan Weiß, Pfarrer und Umweltbeauftragter der evangelischen Landeskirche Kurhessen-Waldeck.

Stelle wegen des Nebels für unmöglich erklärt zu haben.

Seit dem Einbau der Nebelwarnanlage an der A 7 habe es keine Massenunfälle mehr gegeben, entgegnete Heise. Auf und am Kreisell werde üblicherweise so langsam gefahren, dass es auch im Nebel zu keiner erhöhten Gefahr komme.

Edgar Janassek warf der Stadt Melsungen vor, interessante Betriebe ohnehin auf eigenem Gelände halten zu wollen und nur solche, die anderswo schwer anzusiedeln seien, nach Ostheim zu schicken. Melsungen werde zudem durch den neuen Zubringer am stärksten vom Verkehr entlastet, stehe daher besonders in der Pflicht, Ostheim zu helfen.

Bürgermeister Stiegel dementierte energisch, dass nach Ostheim nur „der Schrott“ komme, den anderen nicht haben



Günter Herwig aus Elfershausen

wollen. „Das werden wir nicht zulassen. Wir wollen Betriebe, die gute und qualifizierte Arbeitsplätze bieten“, sagte er. Jutta Emde-Mosebach aus Dagobertshausen fragte nach den Vorteilen für die Menschen von Dagobertshausen und Elfershausen, wenn der Zubringer von der B 83 gebaut wird.

Beide Dörfer, so Bürgermeister Vaupel, würden komplett vom Durchgangsverkehr entlastet. Der beim Zubringerbau anfallende Erdaushub könne vor den Dörfern als zusätzlicher Schutzwall aufgeschüttet werden.

Rundum glücklich waren die Ostheimer mit dem Verlauf des Lesertreffs nicht. Als ungerecht empfanden sie es, das Bürgerbeiträge per Gong zeitlich be-



Reinhard Freitag aus Beiseförth, gebürtiger Ostheimer

grenzt wurden, während die Männer auf dem Podium ohne Zeitbegrenzung reden durften. (tom)



Rund 180 Besucher kamen am Mittwochabend zum HNA-Lesertreff nach Malsfeld, bei dem die Argumente zu den beiden Varianten der Umgehungsstraße Ostheim in wohlwund sachlicher Atmosphäre ausgetauscht wurden. (Fotos: Brückmann)

UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

„Lasst uns mit Last nicht allein“

Mit einem Appell der Ostheimer an die Solidarität der anderen Kommunen endete der HNA-Lesertreff in Malsfeld. Zwei Stunden war zuvor engagiert über die Umgehungsstraße diskutiert worden.

MALSFELD ■ „Das Gewerbegebiet bringt Vorteile wie Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Verkehrsbelastung für alle, Nachteile nur für uns. Da ist So-

VON THOMAS STIER

lidarität gefordert, für die am stärksten Belasteten ein kleines Opfer zu bringen.“ Edgar Janassek, Sprecher der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ auf dem Podium beim HNA-Lesertreff am Mittwoch in Malsfeld, brachte auf den Punkt, was rund zwei Drittel der etwa 180 Besucher meinten: Der Bau einer Ortsumgehung für die Umgehungsstraße dürfe nicht am Geld scheitern, die Ostheimer von Lärm und Abgasen zu entlasten.

Allein: Ob dieser Wunsch noch in Erfüllung gehen kann, ist nach den vielen, an diesem Abend vorgebrachten Argumenten mehr als fraglich: Die vom Land Hessen, dem Zweckverband und allen anderen beteiligten Behörden bevorzugte Lösung erfülle sämtliche Voraussetzungen, die in Deutschland für Straßenbauten gefordert werden, meinte Feibergs Bürgermeister und Vorsitzender des Zweckverbands, Klaus Stiegel. Daher sei auch niemand bereit, für eine andere Lösung mehr Geld auszugeben.

Ähnlich klar die Aussage von Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel: In der nächsten Sitzung der Zweckverbands-Versammlung am 11. Dezember werde Baurecht für das Gewerbegebiet und den Autobahnanschluss geschaffen: Drei Tage später werden das Malsfelder Parlament die Änderungen im Flächennutzungsplan für die Umgehungsstraße beschließen. Vaupel: „Jede Diskussion über eine andere Variante der Straße ist dann nicht mehr möglich.“

Warum wurden dann überhaupt noch einmal 800.000 Mark in den Malsfelder Etat für die BI-Variante eingesetzt, obwohl klar war, dass die anderen Kommunen dafür nichts bezahlen würden, wollte Lesertreff-Moderator Tibor Pélz von Vaupel wissen. Der druckte herum, fand auch keine überzeugende Erklärung: Da sei man dem

Wunsch des Ortsbeirates Ostheim gefolgt, auch wenn klar war, „dass es nicht in unserer Macht liegt, das durchzusetzen“.

Edgar Janassek wehrte sich gegen den Vorwurf, die Bürgerinitiative habe zu spät den Kampf für eine andere Lösung aufgenommen. Schon im Oktober 1999 habe es erste Forderungen nach einer sinnvollen Lösung gegeben. Die Betroffenheit der Bürger sei erst gewachsen, als klar wurde, dass die gefundene Lösung zulasten des Dorfes gehen würde. Die im Haushalt eingesetzten 800.000 Mark zeigten, dass es noch nicht zu spät sei, Janassek: „Gebt uns noch eine Chance. Lasst uns mit der Last nicht allein.“

Nur verzögern

Können die Landwirte wirklich die jetzt geplante Umgehungsstraße verhindern, indem sie ihre Grundstücke nicht verkaufen, wollte Pélz von Wulf Heise vom Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen wissen.

Verhindern wohl kaum, aber verzögern, antwortete der. Als die A 7 sechsspurig ausgebaut

Mehr als 300 in auf Dorfstraße

Ziemlich in Rage brachte die Ostheimer die Aussage von Straßenplaner Wulf Heise, laut Verkehrsprognose würden nach dem Bau einer Umgehungsstraße nur noch 300 Fahrzeuge pro Tag durch Ostheim rollen (HNA berichtet).

Diese Aussage musste Heise am Mittwoch korrigieren: Unabhängig von der Umgehung bliebe der Verkehr aus Sipperhausen in Richtung Melsungen erhalten. Laut Prognose würden also auch dann rund 1000 Fahrzeuge am Tag auf der Sipperhäuser Straße fahren. Die Zahl von nur noch 300 Autos betrifft nur den Dorfbereich entlang der Mosheimer Straße.

wurde, habe es einen Flurbereinigungsbeschluss gegeben, erläuterte Heise. Wenn Baurecht für die Straße vorliege, könne diese Flurbereinigung auch für diese Flächen beschlossen werden. Dagegen sei dann Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel möglich. Werde diese Klage abgewiesen, habe das

Land einen Enteignungstitel für die Flächen. Das ganze Verfahren könnte zwischen sechs Monaten und drei Jahren dauern.

Ein Plädoyer für die Zweckverbands-Variante hatte Landrat Jürgen Hasheider gehalten. Der studierte Straßenbauer, der in Malsfeld-Beiseförth lebt, riet



UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

den Ostheimern, die jetzt geplante Umgehung anzunehmen. Das Gewerbegebiet sei eine einmalige Chance für die Region, von der auch die Ostheimer selbst profitieren würden.

Eines der nach Ansicht der Bürgerinitiative schwerwiegendsten Argumente gegen die Nutzung der bestehenden Autobahnbrücke für die Ortsumgehung ist der Nebel in der Ostheimer Senke. Der sei hier am dichtesten, argumentierte Reinhard Freitag aus Beiseförth. Es sei unverantwortlich, hier in der Nähe des „Todeskreisells“ ein solches „Schlachtfeld“ entstehen zu lassen. Hingegen liege der von der Bürgerinitiative ins Auge gefasste Standort für eine neue Autobahnbrücke meist oberhalb des berüchtigten Ostheimer Nebels.

Nebel überall gleich

Dem widersprach Wulf Heise. Der Deutsche Wetterdienst habe ein aufwendiges Nebelgutachten erstellt, den Bereich über Monate hinweg untersucht, auch der ADAC habe Sichtmessungen über viele Monate unternommen. Das Ergebnis: An der bestehenden Brücke und dem von der BI gewünschten Autobahnanschluss herrschten zu 95 Prozent gleiche Nebelbelastungen.

Um aus dem Nebelloch herauszukommen, müsste die Anschluss-Stelle über einen Kilometer den Berg hinauf Richtung Norden verschoben werden. Dann aber könne sie ihre Funktion als Ortsumgehung für Ostheim nicht mehr erfüllen und würde kaum eine Verkehrsbelastung bringen.

Freilich: Der Glaube der Bürgerinitiative in die Richtigkeit dieser Gutachten war ebenso begrenzt wie der in die Prognosen über die künftige Verkehrsentwicklung (siehe auch Kasten).

So stellte Günter Herwig aus Elfershausen Ergebnisse eigener Zahlungen vor, die von den Zahlen der Straßenplaner abwichen. In 28 Stunden seien auf der Landesstraße von Obermelsungen in Elfershausen 1680 Autos gezählt worden. Die Zahl des Amtes spreche aber von 3800 Fahrzeugen. Herrlich: „Hier wird mit Zahlen operiert, um den Leuten Angst zu machen.“

Dem widersprach Heise energisch: Alle fünf Jahre werde aufwendig gezählt, die Prognosen beruhten auf bewährten Berechnungen. Es wäre ja absurd, Straßen mit falschen Zahlen zu planen.

Posch: Lösung ist sinnvoll

Verkehrsminister Dieter Posch konnte leider nicht zum Lesertreff kommen, hatte aber einen Brief geschrieben: Darin bezeichnet er die geplante Variante der Umgehungsstraße als „fachlich sinnvolle Lösung“. Zu Spekulationen, es könne dazu einen politischen Spielraum geben, bestehe aus Sicht des Landes kein Anlass. Seine stets vorhandene Gesprächsbereitschaft dürfe nicht so interpretiert werden, als könnten auch andere Lösungen angestrebt werden.

Nach insgesamt mehr als zwei Stunden endete der Lesertreff zu dem brisanten Thema mit gegenseitigen Appellen: Stiegel und Vaupel baten darum, den Widerstand gegen die gefundene Lösung, die die Interessen Ostheims so weit wie irgend möglich berücksichtige, aufzugeben. Das so Erfolg versprechende Projekt des gemeinsamen Gewerbegebietes dürfe nicht verzögert werden.

Die BI wiederum rief dazu auf, die berechtigten Interessen der Ostheimer Menschen ernst zu nehmen. Dann, so Edgar Janassek, seien auch sinnvolle gemeinsame Lösungen möglich.

Wie ein Kompromiss zwischen den beiden Lagern aber aussehen könnte - auf diese Frage fand auch der Lesertreff keine Antwort.

Auf dem Podium beim HNA-Lesertreff zur Umgehungsstraße Ostheim (von links): BI-Sprecher Edgar Janassek, Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel, HNA-Redakteur Tibor Pézsa, Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel und Wulf Heise vom Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen.
(Foto: Brückmann)



Austausch von Appellen und Argumenten

MALSFELD ■ Das Thema Umgehungsstraße Ostheim ist stark mit Emotionen besetzt, besonders die Ostheimer selbst sind aufgewühlt und in Sorge um die Lebensqualität in ihrem Dorf. Vor diesem Hintergrund wirkte der meist ausgesprochen sachliche Austausch der

Argumente beim HNA-Lesertreff am Mittwoch in Malsfeld besonders wohl tuend. Rund 180 Besucher waren gekommen. Sie verfolgten eine lebhaft geführte Debatte über die beiden Straßen-Varianten und die - allerdings weitgehend vergebliche - Suche nach einem Kom-

promiss. Appelle wurden ausgetauscht: Die Befürworter der Zweckverbands-Variante baten die Ostheimer um Zustimmung zur ortsnaheeren Lösung, um Arbeitsplätze im Gewerbegebiet zu schaffen und überhaupt eine Umgehungsstraße für Ostheim verwirklichen zu

können. Die Bürgerinitiative appellierte an die Solidarität der Mitglieder im Zweckverband. Ostheim dürfe nicht allein alle Belastungen ertragen müssen, die vom Gewerbegebiet ausgehen.
(tom)

Den Bericht zum HNA-Lesertreff finden Sie auf Seite 15.

Auch die Gemarkungen Mosheim und Hilgershausen müssten für die Ansiedlung eines BMW-Werkes einbezogen werden. Die Fläche würde im Dreieck Ostheim (Bild), Mosheim und Hilgershausen am Fuß des Geschellenberges entlang der Südfahrbahn der A 7 liegen.
(Foto: Stier)



BMW-WERK

Stiegel: Bewerbung völlig vage

Das Angebot einer Fläche zwischen Ostheim, Mosheim und Hilgershausen an BMW sei völlig unverbindlich. Das sagte Zweckverbands-Vorsitzender Stiegel beim HNA-Lesertreff in Malsfeld.

MALSFELD/FELSBERG ■ Für die Ansiedlung eines BMW-Werkes reichte das Gewerbegebiet bei Ostheim nicht aus. Bei seiner Bewerbung in München

dachte der Zweckverband Mittleres FuldaTal nicht an diejenigen Flächen, die zurzeit beplant werden, sondern an ein Gelände zwischen Ostheim, Mosheim und Hilgershausen auf der anderen Seite der A 7. Allerdings habe man bisher nur den Hut in den Ring geworfen, die Aussichten auf einen Zuschlag seien völlig vage. Das bestätigte der Vorsitzende des Zweckverbandes, Klaus Stiegel, gestern auf Anfrage im Nachgang zum HNA-Lesertreff am Mittwochabend.

Die Idee sei „bisher weder

planungsrechtlich noch von den Eigentumsverhältnissen in trockenen Tüchern“. Der Zweckverband habe lediglich unverbindlich sein Interesse bekundet, das Gebiet unterhalb des Geschellenberges ins Gespräch bringen wollen. Konkret planen könne man erst, wenn es ernst werden würde. Bisher habe man noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung von BMW erhalten.

Am Ende sei ein solches Projekt auch nicht vom Zweckverband allein zu meistern. Bei ei-

nem Werk mit bis zu 5000 Beschäftigten müsse die ganze nordhessische Region an einem Strang ziehen. Und auch die Verkehrsinfrastruktur müsse, sollte BMW Interesse zeigen, völlig neu überdacht werden. Mit dem derzeit vorbereiteten Gewerbegebiet von höchstens 70 Hektar sei das BMW-Projekt, das 200 bis 250 Hektar Fläche brauchen werde, nicht zu vergleichen. Die Aufforderung für eine Bewerbung sei aus dem Hessischen Wirtschaftsministerium gekommen.
(1)

Hau ruck. Mit Kraft machen sich die Ostheimer Landwirte für eine Brückenversetzung gen Norden stark. Wenn Ortsumgehung und Autobahn bei der bestehenden Brücke angeschlossen werden, müsste vor dem Dorfein Damm von über sechs Metern Höhe aufgeschüttet werden. Das wollen die Bauern mit ihrem Demonstrationsobjekt allen vor Augen führen.

(Fotos: Brückmann)



BRÜCKENVERLEGUNG

Landwirte lassen nicht locker

Die Landwirte in Ostheim lassen nicht locker. Um ihre Mitbürger gegen die geplanten Straßenführungen von Autobahnananschluss und Ortsumgehung zu mobilisieren, haben sie ein Demonstrationsobjekt auf dem Friedhofsweg aufgestellt.

OSTHEIM ■ Die Latte liegt hoch, doch die Ostheimer Landwirte wollen sie nehmen. Weil sie sich mit den bisherigen Planungen für die Straßenführungen rund um ihr Dorf nicht abfinden wollen, mobilisieren die Bauern des Hochlanddorfes ihre Mitbürger. Am Mittwochabend bauten sie ein Demonstrationsobjekt auf dem Friedhofsweg auf.

Nur fünf dünne Latten und ein Schild. Aber ein Zeichen im doppelten Sinne. Zum einen ein Symbol für den Kampf, den sie um ihr Dorf aufgenommen haben. Zum anderen ein sichtbares Zeichen dafür, was auf die Ostheimer zukommt, wenn die Pläne vom Reißbrett Wirklichkeit werden.

6.10 Meter hoch liegt die

oberste Latte. „So hoch wird die Aufschüttung für die geplante Umgehungsstraße“, prophezeit düster ein Schild an der obersten Querverstrebung. Eine realistische Höhe, haben die Bauern ausgerechnet. Schließlich solle unter der neuen Straße noch eine Durchfahrt für die landwirtschaftlichen Fahrzeuge hindurch passen. Die müsste 4.50 Meter hoch sein.

„Wenn da dann noch Lärmschutz oben drauf kommt, dann sind wir bei acht bis neun Metern.“ Kopfschüttelnd malt sich Walter Braun diese Vorstellung aus.

Den anderen Bürgern im Dorf sichtbar vor Augen zu führen, von welchem Ring ihr Ort umsäumt werden wird, wenn die bisher favorisierten Pläne verwirklicht werden, das sollte Sinn der Aktion sein. „Jetzt kann sich jeder ein Bild machen“, hofft Braun auf den Erfolg der Demonstration.

Denn jetzt steht nur eine dünne Konstruktion aus fünf Hölzern am Friedhofsweg. Was gebaut werden wird, wenn die Umgehung für Ostheim wie geplant kommt, wenn der Autobahnzubringer unmittelbar vor der jetzigen Brücke am Ortsein-

gang angesiedelt wird, wenn hier das neue Gewerbegebiet angeschlossen wird, das auszumalen ist im Moment noch der Fantasie der Betrachter überlassen.

Für die an der Aktion beteiligten Landwirte sind die Folgen klar: Ihre Felder werden in kleine, ungünstige Parzellen zerschnitten, sie müssen lange Wege in Kauf nehmen, um Wiesen, von denen der Ort durch die Umgehungsstraße eigentlich entlastet werden sollte, würden Ostheim einkreisen, fürchten die Bauern.

Brückenversetzung

Und sie wähen immer mehr Bürger aus dem Ort auf ihrer Seite. Braun: „Das kann doch nicht sein, dass den Ostheimern hier etwas auferlegt wird für Jahrhunderte.“ Einzige Lösung aus ihrer Sicht deshalb: Eine neue Brücke mit Straßenanbin-

dungen nordwärts in der dort vorhandenen Talsenke (HNA berichtete).

Das Kostenargument zieht nach Meinung der Bauern nicht. Geht es aus ihrer Sicht doch nicht allein ums Geld, sondern auch um Mensch und Natur. Und zum anderen fielen bei einer neuen Lösung auch Kosten weg. Kurt Braun: „Den Damm aufschütten kostet doch auch Geld.“

Unzufrieden sind sie darüber, dass aus dem von Bürgermeister Herbert Vaupel angekündigten Gespräch mit Verkehrsminister Dieter Posch oder wenigstens einem Ministeriumsvertreter offenbar nichts wird. Für kommenden Mittwoch sind die Bauern vom Zweckverband um 20 Uhr ins Gasthaus Ostheimer Schenke eingeladen. Doch mit am Tisch sitzen nach ihren bisherigen Informationen nur die Leute vom Zweckverband, vom ARLL und vom Kreisbauernverband. Ortslandwirt Hans Paulus ist enttäuscht: „Das sind doch nicht die maßgebenden Leute. Kompetente Leute vom Straßenbauamt, das wäre das allermindeste gewesen. Von dort kommt aber auch niemand.“ (l)

CDU kritisiert Kosten und Informationspolitik

Kritik an der Informationspolitik der Gemeinde Malsfeld in Sachen Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fuldata hat die Malsfelder CDU-Fraktion geübt. Die Fraktionen des Parlaments seien sowohl von Gemeindevorstand als auch von den Gremien des Zweckverbandes „nur spärlich, verspätet und dann noch unvollständig“ informiert worden, bemängelte

Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs. Das habe sich auch bei einem Besichtigungstermin der CDU-Fraktion vor Ort gezeigt. Dabei sei deutlich geworden, dass noch erheblicher Klärungsbedarf bezüglich der Trassenführung der Ortsumgehung und auch für den Anschluß an den Zubringer in Richtung Industriegebiet Pfiefewiesen bestehe.

Einhellig kritisierten die Mitglieder der Fraktion, dass die Ausschüsse als Hilfsorgane der Gemeindevertretung bei diesem wichtigen und einschneidenden Thema für ganz Malsfeld keine Termine vor Ort gemacht hätten. Damit könne das Parlament zu falschen Schlussfolgerungen kommen.

Weiterer Kritikpunkt für die CDU ist, dass der Gemeinde

Malsfeld durch die Umwidmung der Straßen bereits Kosten in Höhe von rund 30 000 Mark entstanden seien und keine Aussicht auf einen Ausgleich mit den übrigen vier beteiligten Kommunen bestehe. Der Interessenausgleichsvertrag sei „noch nicht ansatzweise“ mit dem Zweckverband erörtert, geschweige denn abgeschlossen worden, kritisierte Rehs. (l)

Bürgerinformation, wenn Planungsentwurf vorliegt

MALSFELD ■ Malsfelder Landwirte kritisieren, dass zu einem geplanten Gespräch von Zweckverband und ihnen keine kompetenten Leute kommen würden. Dazu nimmt Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel im Hinblick auf zwei Berichte Stellung, die gestern unter dem Titel „Landwirte lassen nicht locker“ und „CDU kritisiert Kosten und Informationspolitik“ erschienen sind.

Straßenbauamt präsent

An dem Gespräch, das auf Mittwoch, 12. April, 20 Uhr in der Ostheimer Schänke anberaumt sei, würden sich sowohl alle Fraktionsvorsitzenden als auch der Leiter der Planungsabteilung und stellvertretende Amtsleiter des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Kassel, Wulf Heise, teilnehmen. Aus terminlichen Gründen könne Minister Dieter Posch nicht kommen.

Abstimmung mit ARL

Außerdem entbehre die Kritik der CDU gegenüber der Gemeinde Malsfeld und dem Zweckverband jeder Grundlage, so Vaupel. Schließlich wurde die Trassenführung der Ortsumgehung Ostheim in einem Behördentermin mit Vertretern der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde und des ARL in Fritzlar erst am vergangenen Mittwoch abschließend beraten.

Diese Trasse entspreche den Vorstellungen Ostheims auf der Grundlage einer Bürgerversammlung sowie der Beschlusslage des Ortsbeirates. Die Tras-

se werde erstmals am 12. April vorgestellt. „Die Beratungen in den gemeindlichen Gremien zur noch anstehenden Flächennutzungsplan-Änderung werden sich anschließen“, schreibt der Bürgermeister.

Arbeitsgrundlage fehlt

Zweitens gebe es für die Trassenführung des Zubringers noch keine Arbeits- und Diskussionsgrundlage. Sobald ein erster Planungsentwurf vorliege, würde entsprechend der Absprachen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung eine Information erfolgen. „Selbstverständlich werden auch die betroffenen Ortsbeiräte Dagobertshausen, Elfershausen und Malsfeld beteiligt“, betont Vaupel.

Vertrag dieses Jahr

Darüber hinaus sei es eine unwahre Behauptung, dass der Interessenausgleichsvertrag, der zwischen der Gemeinde Malsfeld und dem Zweckverband abzuschließen sei, auch „noch nicht ansatzweise“ im Zweckverband erörtert wurde, erklärt Vaupel. Neben den erwähnten 30 000 Mark für Streudienst und Unterhaltung der übernommenen Gemeindestraßen seien eine ganze Reihe weiterer Punkte für Malsfeld von Bedeutung. Diese Punkte seien dem Vorstand des Zweckverbandes bereits vorgestellt worden. „Ein Vertrag zur Beschlußfassung wird der Verbandsversammlung noch innerhalb dieses Jahres vorgelegt“, schließt der Bürgermeister.

(ale)

Hier muss die Brücke hin! Ostheimer Bürger zeigten Verkehrsminister Dieter Posch (mitte) wo ihrer Ansicht nach die Umgehungsstraße ihren Anfang nehmen muss. Im Hintergrund die Autobahn, rechts Malsfelds Bürgermeister Vaupel, links neben ihm Straßenplaner Karl-Heinz Siebenborn.

(Foto: Stier)



UMGEHUNGSSTRASSE

Posch: Planung wird optimiert

Schneller als erwartet hat Hessens Verkehrsminister Dieter Posch das Gespräch mit den Ostheimern über den Verlauf der Umgehungsstraße gesucht. Ergebnis: Die Planung soll optimiert werden.

OSTHEIM ■ Es war typisches Ostheim-Wetter: Überall strahlender Sonnenschein, doch in der Ostheimer Senke lag dichter Nebel, als gestern Verkehrsminister Dieter Posch sich vor Ort über den aktuellen Stand der Planung für die Umgehungsstraße des Malsfelder Ortsteils informierte. Begrüßt wurde er von einer rund 30-köpfigen Gruppe aus Ostheimer Landwirten und Bürgern, die in betont sachlicher und entspannter Atmosphäre ihre Bedenken und Argumente vortrugen.

Die Ausgangslage: Im Zuge der Erschließung des Interkommunalen Gewerbegebietes an der Autobahn sollen bei Ostheim eine neue Autobahnabfahrt und eine Umgehungsstraße gebaut werden. Weil für diese Straße die erst vor etwa zwölf Jahren fertiggestellte Autobahnbrücke genutzt werden soll, würde die Umgehungsstraße nach Ansicht der Ostheimer zu nahe am Ort liegen. Das Dorf würde dadurch unzumutbar mit Verkehrslärm und -gestank belastet.

„Zukunft der Kinder“

Ihr Vorschlag: Rund 700 Meter nördlich von Ostheim unterhalb des Geschellenberges eine neue Brücke über die Autobahn bauen. Bürgersprecher Hans

Paulus: „Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder. Da dürfen Mehrkosten von drei Millionen Mark keine Rolle spielen.“

Das sah Minister Posch etwas anders: „Ich kann Ihnen heute realistischere keine neue Brücke in Aussicht stellen“, sagte er, verwies aber gleichzeitig darauf, dass im Lichte der „guten Argumente“ der Ostheimer die bisherige Planung „optimiert“ werden könnte. Eine verbesserte Planung, die die Interessen Ostheims so weit wie möglich berücksichtige, solle jetzt von den Straßenplanern erarbeitet und dann erneut mit den Landwirten und Bürgern diskutiert werden.

Kreisel tiefer legen

Möglichkeiten für eine andere Linienführung der Umgehungsstraße erläuterte Karl-Heinz Siebenborn, im Ministerium für die Straßenplanung

zuständig. Denkbar wäre, den geplanten Kreisel weiter vom Friedhof wegzurücken und – vor allem – tiefer als die bisher geplanten sechs Meter Höhe zu legen. Der vorhandene Wall, auf dem die Straße zur Brücke verläuft, würde dann als natürlicher Lärmschutz zum Dorf hin wirken. Geprüft werde auch, die Autobahnabfahrt weiter weg vom Dorf zu legen, etwa oberhalb des Teiches.

Für die Ostheimer hatte Hans Paulus nachdrücklich die Argumente für eine neue Brücke vorgestellt. Der Ort würde dadurch spürbar entlastet, ohne dass für Nachbarorte neue Belastungen hinzukämen. Auf teuren Lärmschutz und hohe Erdwälle könne verzichtet werden, wertvolles Ackerland würde geschont, der Straßenbau wesentlich erleichtert. Dies alles müsse dem Land Mehrkosten von rund 3,4 Millionen Mark wert sein.

Posch hingegen verwies dar-

auf, dass in ganz Hessen für den Landesstraßenbau nur 60 Millionen Mark im Jahr bereitstünden: „Ich muss das gesamte Land im Kopf haben und darf Ihnen keine Versprechungen machen, von denen ich genau weiß, dass ich sie nicht halten kann.“ Leider seien nun einmal nicht alle Bürgerwünsche zu 100 Prozent zu erfüllen.

„Darf nicht kippen“

Posch hob die „übertroffene Bedeutung“ des Gewerbegebietes für die ganze Region hervor. Der Zusammenschluss von fünf Kommunen für dieses Ziel sei beispielhaft und könne Modellcharakter für ganz Hessen haben. Deshalb solle es auch unbedingt verwirklicht werden. Posch: „Das Vorhaben darf nicht wegen der Umgehungsstraße kippen.“

Er schlug vor, jetzt neu in die Planung einzusteigen, diese dann in Ostheim vorzustellen und mit den Maximalforderungen der Einwohner zu vergleichen. Dann müsse gemeinsam ein Kompromiss gefunden werden.

Waren beim Treffen zwischen Zweckverband Mittleres Fulda-tal und den Ostheimern am Mittwoch vergangener Woche die Emotionen noch hoch gegangen, so herrschte gestern trotz unterschiedlicher Auffassungen große Sachlichkeit. Hans Paulus bedankte sich im Namen der Ostheimer ausdrücklich dafür, dass sich Posch ihrer Probleme so rasch angenommen habe, auch wenn er noch keine fertige Lösung im Gepäck hatte. Zum Dank dafür gab's für den Minister aus Melsungen sogar eine original Ostheimer „Ähle Wurscht“.

(tom)



Soll optimiert werden: Der Plan für die Umgehungsstraße mit dem Kreisel nahe dem Friedhof. Der Kreisel könnte, so die Vorstellungen, vom Friedhof weggerückt und vor allem tiefer gelegt werden.

(Foto: Stier)

08.09.2000

Schon 110 Unterschriften gesammelt

Mit einer Unterschriftenliste wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative deutlich machen, dass viele Ostheimer hinter ihnen stehen. Sie streiten weiter für einen Brückenneubau.

OSTHEIM ■ Durch eine Unterschriftenliste, in der sich seit Mittwochabend bereits 110 wahlberechtigte Ostheimer eingetragen haben, will die Bürgerinitiative eine Überarbeitung der Pläne für die Umgehungsstraße erreichen. Auf reges Interesse war eine Versammlung mit voraus gehender Ortsbesichtigung gestoßen, zu der die BI für Mittwochabend eingeladen hatte. Das Ostheimer Dorf-

gemeinschaftshaus war rappellvoll, die Stimmung zum Teil erhitzt, wie BI-Mitglieder berichteten. Als Gesprächspartner standen den Befürwortern eines Brückenneubaus, Bürgermeister Herbert Vaupel und Gemeindevorteiler Heinz Schneider (SPD), Rede und Antwort.

Angesichts der großen Beteiligung habe die BI zum ersten Mal klar machen können, „dass unsere Variante eine Mehrheit hat im Dorf“. Dies sei Vaupel wohl bisher nicht so klar gewesen, freute sich Hans Paulus, Ortslandwirt von Ostheim und BI-Mitglied der ersten Stunde. Entkräftet habe die BI auch den Vorwurf, den sie sich schon von Hessens Verkehrsminister Dieter Posch habe gefallen lassen müssen, dass ihre Kritik zu spät

komme. Bereits im Januar hätten die Landwirte Widerspruch gegen einen anstehenden Parlamentsbeschluss zur Bebauungsplanänderung eingelegt.

Schließlich habe man auch dar legen können, dass der einstimmige Beschluss des Ortsbeirates, der sich mit der Variante des Verkehrsministeriums einverstanden erklärt hatte, nur deshalb so gefällt wurde, weil Zweckverbands-Geschäftsführer Kurt Stöhr in der entscheidenden Sitzung von Mehrkosten in Höhe von sechs bis zehn Millionen Mark gesprochen habe. Das habe auch der GL-Vertreter im Ortsbeirat so klar gestellt. Diese Zahl wurde inzwischen bei etwa vier Millionen fest gemacht.

Gegenüber der HNA bestä-

tigte Bürgermeister Herbert Vaupel seine Ankündigung vom Mittwochabend, dass er die Unterschriftenlisten der Ostheimer BI mit der Bitte zur neuerlichen Überprüfung der Trassenführung für eine Ortsumgehung an Verkehrsminister Posch weiterleiten werde. Vaupel zur Zahl der Neubau-Befürworter: „Es geht nicht mehr nur um einen kleinen Kreis.“ „Ich kann diesen Wunsch nachvollziehen bei all meiner Skepsis bei dem, was planungsmäßig schon auf den Weg gebracht ist.“ Deshalb verschließe er sich der Bitte der Ostheimer um Unterstützung nicht. Allerdings sei er wenig optimistisch, dass die Planung wieder neu aufgerollt wird: „Der Ausgang liegt nicht in meiner Hand.“ (l)

UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

Kein Geld vom Zweckverband

Die vier anderen Kommunen im Zweckverband Mittleres Fuldaatal sehen sich außerstande, für eine ortsfernere Umgehung Ostheims weitere Millionen locker zu machen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Die Gemeinde Malsfeld hat für eine ortsfernere Umgehung Ostheims 800 000 Mark als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt des nächsten Jahres eingestellt. Doch die anderen im Zweckverband Mittleres Fuldaatal zusammengeschlossenen Kommunen werden diesem Beispiel nicht folgen.

„Das geht einfach nicht“, sagte Felsbergs Bürgermeister und Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel zur HNA. Die 6,6 Millionen Mark Mehrkosten, die bei der von der Ostheimer Bürgerinitiative geforderten Variante vom Zweckverband zusätzlich bezahlt werden müssten, seien nicht aufzubringen.

Genauso sieht das Melsun-

gens Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel: „Die Finanzierung der Kosten für Autobahn-Anschluss und Umgehungstraße Ostheim sind originäre Aufgaben von Bund und Land. Das kann die Stadt nicht leisten.“ Er vertraue darauf, dass die Straßenplaner die Belange Ostheims berücksichtigen. An der von allen Behörden genehmigten Variante solle festgehalten werden.

Ebenso definitiv die Absage von Spangenberg's Bürgermeister Hans-Jürgen Köbberling: „Wir wollen ein Gewerbegebiet erschließen, aber keine Umgehungstraße für Ostheim bezahlen. Es gibt keinerlei Bereitschaft, hierfür mehr Geld als bisher verabredet bereitzustellen.“

Abgestimmte Planung

Der Verband habe sich von Anfang an für eine Umgehung Ostheims eingesetzt, die so weit wie möglich vom Ort entfernt verlaufen solle, sagte Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel für den Zweckverband. Dies sei nun

in einer mit allen Behörden abgestimmten Planung auch erreicht worden, wenn auch nur unter Einbeziehung der bestehenden, ortsnahen Autobahnbrücke.

Würde von dieser Variante jetzt abgewichen, würden alle Grundlagen ins Wanken geraten, auf denen bisher geplant wurde und für die alle Zusagen vorlägen.

Es sei den Parlamenten der anderen vier Mitgliedskommunen einfach nicht zu vermitteln, dass nun noch einmal Millionenbeträge zusätzlich benötigt würden, sagte Stiegel.

Das Geld sei aber nur ein Aspekt, meinte Stiegel weiter. Hinzu käme, dass bei der jetzigen Variante nach Berechnungen der Straßenplaner sämtliche Lärmschutzgrenzwerte eingehalten würden. Die Straßenplaner hätten zugesagt, nach Bau der Umgehungstraße neu zu messen. Sollten Lärmwerte dann doch überschritten werden, so werde nachgebessert.

Derzeit, so Stiegel, sei eine Situation erreicht, in der wohl we-

der die Bürgerinitiative auf der einen noch der Zweckverband auf der anderen für die Argumente des jeweiligen Gegen-

Anzeige

TAXI

0 56 61 30 60
oder **38 92**



Dialysefahrten
Bestrahlungsfahrten
Krankentransporte
sitzend und liegend
Flughafentransfer
Bahntransfer
Kurierdienst
Kleinbusse bis 8 Pers.
Rollstuhltransport

Bartenwetter Taxi
Inh. Uwe Niedzwetzki u. Iris Werner

übers erreichbar seien. Der Verband wolle seine Sichtweise und Argumente noch einmal in einem „offenen Brief“ bündeln und der Bürgerinitiative vorstellen. Auch eine weitere Bürgerversammlung sei denkbar.

(tom)

Bürgerinitiative: Geld im Etat nur erster Schritt

OSTHEIM ■ Die Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ hat die Bereitstellung von 800 000 Mark im Malsfelder Haushaltsplan 2001 für eine ortsferne Ortsumgehung begrüßt. Dies, so die BI in einer Pressemitteilung, könne aber nur ein erster Schritt sein, an dem sich alle weiteren Entscheidungen der Gemeinde orientieren müssten.

Wie berichtet hat Malsfeld 800 000 Mark als Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan des kommenden Jahres verankert. Allerdings haben die anderen vier Kommunen, die im Zweckverband Mittleres Fuldataal zusammengeschlossen sind, es abgelehnt, ihren Anteil an den 6,6 Millionen Mark aufzubringen. Soviel würde die von der BI gewünschte Umgehungsvariante mit einer neuen Autobahnbrücke mehr kosten, als die derzeit vom Land vorgesehen Lösung.

Die BI forderte die Gemeinde Malsfeld auf, durch entsprechende Beschlüsse zu den Flächennutzungsplänen nun den Worten auch Taten folgen zu las-

sen. Bürgermeister Vaupel wurde aufgefordert, im Zweckverband die Position der Ostheimer Bevölkerung und damit die Interessen seiner Gemeinde zu vertreten. Im Zweckverband müsse klar gemacht werden, dass die vom künftigen Gewerbegebiet ausgehenden Belastungen für die Malsfelder Ortsteile auch finanzielle Solidarität erfordere.

Von Bürgermeister Vaupel erwartet die BI das Beziehen einer klaren Position in dieser Angelegenheit.

HNA-Lesertreff

Zum Thema Ortsumgehung Ostheim organisiert die HNA „Melsunger Allgemeine“ am kommenden Mittwoch, 29. November, einen Lesertreff im Gasthaus „Jägerhof“ in Malsfeld. Ab 19.30 Uhr können dort die Argumente der Bürgerinitiative mit denen des Zweckverbandes und des Landes ausgetauscht werden. Alle Interessierten sind dazu willkommen.

(tom)

,Lasst uns mit Last nicht allein'

Mit einem Appell der Ostheimer an die Solidarität der anderen Kommunen endete der HNA-Lesertreff in Malsfeld. Zwei Stunden war zuvor engagiert über die Umgehungsstraße diskutiert worden.

MALSFELD ■ „Das Gewerbegebiet bringt Vorteile wie Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Verkehrsbelastung für alle, Nachteile nur für uns. Da ist So-

VON THOMAS STIER

lidarität gefordert, für die am stärksten Belasteten ein kleines Opfer zu bringen.“ Edgar Janassek, Sprecher der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ auf dem Podium beim HNA-Lesertreff am Mittwoch in Malsfeld, brachte auf den Punkt, was rund zwei Drittel der etwa 180 Besucher meinten: Der Bau einer ortsferner Umgehungsstraße dürfe nicht am Geld scheitern, um die Ostheimer von Lärm und Abgasen zu entlasten.

Allein: Ob dieser Wunsch noch in Erfüllung gehen kann, ist nach den vielen, an diesem Abend vorgebrachten Argumenten mehr als fraglich: Die vom Land Hessen, dem Zweckverband und allen anderen beteiligten Behörden bevorzugte Lösung erfülle sämtliche Voraussetzungen, die in Deutschland für Straßenbauten gefordert werden, meinte Felsbergs Bürgermeister und Vorsitzender des Zweckverbands, Klaus Stiegel. Daher sei auch niemand bereit, für eine andere Lösung mehr Geld auszugeben.

Ähnlich klar die Aussage von Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel: In der nächsten Sitzung der Zweckverbands-Versammlung am 11. Dezember werde Baurecht für das Gewerbegebiet und den Autobahnanschluss geschaffen: Drei Tage später werden das Malsfelder Parlament die Änderungen im Flächennutzungsplan für die Umgehungsstraße beschließen. Vaupel: „Jede Diskussion über eine andere Variante der Straße ist dann nicht mehr möglich.“

Warum wurden dann überhaupt noch einmal 800 000 Mark in den Malsfelder Etat für die BI-Variante eingesetzt, obwohl klar war, dass die anderen Kommunen dafür nichts bezahlen würden, wollte Lesertreff-Moderator Tibor Pézsa von Vaupel wissen. Der druckte herum, fand auch keine überzeugende Erklärung: Da sei man dem

Wunsch des Ortsbeirates Ostheim gefolgt, auch wenn klar war, „dass es nicht in unserer Macht liegt, das durchzusetzen“.

Edgar Janassek wehrte sich gegen den Vorwurf, die Bürgerinitiative habe zu spät den Kampf für eine andere Lösung aufgenommen. Schon im Oktober 1999 habe es erste Forderungen nach einer sinnvollen Lösung gegeben. Die Betroffenheit der Bürger sei erst gewachsen als klar wurde, dass die gefundene Lösung zulasten des Dorfes gehen würde. Die im Haushalt eingesetzten 800 000 Mark zeigten, dass es noch nicht zu spät sei. Janassek: „Gebt uns noch eine Chance. Lasst uns mit der Last nicht allein.“

Nur verzögern

Können die Landwirte wirklich die jetzt geplante Umgehungsstraße verhindern, indem sie ihre Grundstücke nicht verkaufen, wollte Pézsa von Wulf Heise vom Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen wissen.

Verhindern wohl kaum, aber verzögern, antwortete der. Als die A 7 sechsspurig ausgebaut

Land einen Enteignungstitel für die Flächen. Das ganze Verfahren könnte zwischen sechs Monaten und drei Jahren dauern.

Ein Plädoyer für die Zweckverbands-Variante hatte Landrat Jürgen Hasheider gehalten. Der studierte Straßenbauer, der in Malsfeld-Beiseförth lebt, riet



UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

den Ostheimern, die jetzt geplante Umgehungsstraße anzunehmen. Das Gewerbegebiet sei eine einmalige Chance für die Region, von der auch die Ostheimer selbst profitieren würden.

Eines der nach Ansicht der Bürgerinitiative schwerwiegendsten Argumente gegen die Nutzung der bestehenden Autobahnbrücke für die Ortsumgehung ist der Nebel in der Ostheimer Senke. Der sei hier am dichtesten, argumentierte Reinhard Freitag aus Beiseförth. Es sei unverantwortlich, hier in der Nähe des „Todeskreisel“ ein solches „Schlachtfeld“ entstehen zu lassen. Hingegen liege der von der Bürgerinitiative ins Auge gefasste Standort für eine neue Autobahnbrücke meist oberhalb des berüchtigten Ostheimer Nebels.

Nebel überall gleich

Dem widersprach Wulf Heise. Der Deutsche Wetterdienst habe ein aufwendiges Nebelgutachten erstellt, den Bereich über Monate hinweg untersucht, auch der ADAC habe Sichtmessungen über viele Monate unternommen. Das Ergebnis: An der bestehenden Brücke und dem von der BI gewünschten Autobahnanschluss herrschten zu 95 Prozent gleiche Nebelbelastungen.

Um aus dem Nebelloch herauszukommen, müsste die Anschluss-Stelle über einen Kilometer den Berg hinauf Richtung Norden verschoben werden. Dann aber könne sie ihre Funktion als Ortsumgehung für Ostheim nicht mehr erfüllen und würde kaum eine Verkehrsbelastung bringen.

Freilich: Der Glaube der Bürgerinitiative in die Richtigkeit dieser Gutachten war ebenso begrenzt wie der in die Prognosen über die künftige Verkehrsentwicklung (siehe auch Kasten).

So stellte Günter Herwig aus Elfershausen Ergebnisse eigener Zählungen vor, die von den Zahlen der Straßenplaner abwichen. In 28 Stunden seien auf der Landesstraße von Obermelsungen in Elfershausen 1680 Autos gezählt worden. Die Zählung des Amtes spreche aber von 3800 Fahrzeugen. Herrlich: „Hier wird mit Zahlen operiert, um den Leuten Angst zu machen.“

Dem widersprach Heise energisch: Alle fünf Jahre werde aufwendig gezählt, die Prognosen beruhten auf bewährten Berechnungen. Es wäre ja absurd, Straßen mit falschen Zahlen zu planen.

Posch: Lösung ist sinnvoll

Verkehrsminister Dieter Posch konnte leider nicht zum Lesertreff kommen, hatte aber einen Brief geschrieben: Darin bezeichnet er die geplante Variante der Umgehungsstraße als „fachlich sinnvolle Lösung“. Zu Spekulationen, es könne dazu einen politischen Spielraum geben, bestehe aus Sicht des Landes kein Anlass. Seine stets vorhandene Gesprächsbereitschaft dürfe nicht so interpretiert werden, als könnten auch andere Lösungen angestrebt werden.

Nach insgesamt mehr als zwei Stunden endete der Lesertreff zu dem brisanten Thema mit gegenseitigen Appellen: Stiegel und Vaupel baten darum, den Widerstand gegen die gefundene Lösung, die die Interessen Ostheims so weit wie irgend möglich berücksichtige, aufzugeben. Das so Erfolg versprechende Projekt des gemeinsamen Gewerbegebietes dürfe nicht verzögert werden.

Die BI wiederum rief dazu auf, die berechtigten Interessen der Ostheimer Menschen ernst zu nehmen. Dann, so Edgar Janassek, seien auch sinnvolle gemeinsame Lösungen möglich.

Wie ein Kompromiss zwischen den beiden Lagern aber aussehen könnte - auf diese Frage fand auch der Lesertreff keine Antwort.



Rund 180 Besucher kamen am Mittwochabend zum HNA-Lesertreff nach Malsfeld, bei dem die Argumente zu den beiden Varianten der Umgehungsstraße Ostheim in wohlthuend sachlicher Atmosphäre ausgetauscht wurden. (Fotos: Brückmann)

Zukunft Ostheim

„Nordumgehung ist Lösung“

Ostheim. Die Sprecher der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ geben sich optimistisch: Sie glauben eine Chance zu haben, mit dem Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fulda-tal noch in einen Dialog treten zu können. „Außerdem bleibt uns die Möglichkeit, die Pläne des Zweckverbandes für die ortsnahe Umgehungsstraße durch ein Bürgerbegehren zu kippen.“

Ortsferne Nordumgehung ist die bessere Lösung

Die Bürgerinitiative hält an ihrer Variante der ortsfernen Nordumgehung fest, „weil sie die bessere Lösung ist.“ So jedenfalls der Tenor einer öffentlichen Versammlung der Bürgerinitiative im Dorfgemeinschaftshaus. Knapp 100 Teilnehmer, darunter auch einige Vertreter anderer Ortsteile der Gemeinde Malsfeld, hatten sich eingefunden. Es sei immerhin noch fünf Minuten vor 12, nicht fünf Minuten nach 12 in der Entscheidungsphase, wurde hervorgehoben. Sprecher bedauerten indes, dass Entscheidungen für Ostheim von Politikern anderer Kommunen durch den Zweckverband getroffen würden. Melungen, Felsberg, Spangenberg und Morschen hätten jetzt Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung von Malsfeld und Ostheim.

Versammlungsleiter Edgar Janassek führte souverän, unterstützt von Horst Rainer Ullrich, Dirk Trieschmann und Hans Paulus. Jeder, der wollte, konnte

zu Wort kommen. Die Aussagen stimmten indes überein: Die Planungen werden in der jetzigen Form unverändert abgelehnt. Man fühlt sich von der Politik nicht verstanden und im Stich gelassen. Angekreidet wird dem Zweckverband und den Straßenplanern vor allem das ungenau angegebene und durch eine eigene Zählung widerlegte Verkehrsaufkommen für die Ortsdurchfahrt in Ostheim auch noch nach Durchführung der Nordumgehung. Unberücksichtigt geblieben sei bisher auch der durch den neuen Autobahnanschluss auf den Ort zukommende zusätzliche Abfahrtsverkehr.

Vorhaltungen machte man dem Zweckverband, weil dieser, wie Wirtschaftsminister Dieter Posch dem Bürgermeister von Malsfeld schrieb, „inständig gebeten habe“, die Diskussion um eine andere Variante als die des Zweckverbandes nicht weiter zu verfolgen. Die Sprecher der Bürgerinitiative kritisierten, dass es für den Autobahnzubringer von Malsfeld nach Ostheim immer noch keine exakte Kostenberechnung gebe. Es wurde vermutet, dass man hier großzügig mit den Kosten umgehen wolle, weil sie im Bereich Ostheim, beispielsweise bei dem notwendigen Brückenbau über die Autobahn für die ortsferne Umgehung, eingespart werden sollten. Es müßten die Kosten für die jetzigen Pläne des Zweckverbandes mit denen der von der Bürgerinitiative vorgeschlagenen besseren Lösung genau abgeglichen werden. Dann werde sich herausstel-

len, dass annähernd das gleiche Finanzergebnis herauskomme, aber eine bessere Lösung.

Bundestagsabgeordnete wurden eingeschaltet

Mitgeteilt wurde den Versammlungsteilnehmern, dass die Bürgerinitiative jetzt auch den Bundestagsabgeordneten Bernd Siebert und den Landtagsabgeordneten Mark Weinmeister (beide CDU) eingeschaltet hätten, nachdem bereits der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Roth und Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) kontaktiert worden seien. Bedauert wurde, dass sich die Ostheimer SPD-Vertreter an dem Abend nicht zur Diskussion stellten, immerhin hätten 80 Prozent der Ostheimer die Forderung der Bürgerinitiative unterstützt. Anders dagegen der Malsfelder Gemeindevertreter und Fraktionssprecher der SPD Heinz Schneider. Er verteidigte erwartungsgemäß die Haltung des Zweckverbandes, signalisierte aber sonst stete Gesprächsbereitschaft.

In einem Gespräch mit ihrer Rechtsvertretung will die Bürgerinitiative nun ausloten, ob ein Bürgerbegehren und gegebenenfalls unter welcher Prämisse eingeleitet werden soll. Man ist sich in Ostheim völlig im klaren darüber, dass in solcherart Überlegungen auch die übrigen im Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fulda-tal eingeschlossenen Orte einbezogen werden müssen (g)

Konstruktive Kritik statt Panikmache

Die Malsfelder SPD hat die von einem Mitglied der Bürgerinitiative Ostheim in einem Leserbrief geäußerte Kritik zurückgewiesen. Statt Panikmache sollte die BI sich mit konstruktiver Kritik an der Diskussion beteiligen.

MALSFELD ■ In einem Leserbrief (HNA vom 24. Dezember) hat Reinhard Freitag aus Beiseförth scharfe Kritik am Verhalten der SPD-Fraktion im Malsfelder Parlament in Sachen Nordumgehung Ostheim geübt. Darauf hat Heinz Schneider für die SPD reagiert.

Schneider warf Freitag „ein bisschen viel Überheblichkeit“ vor, wenn er nach wenigen Besuchen von Parlaments-Sitzungen den Abgeordneten Demokratiedefizite bescheinige und sie gleich dutzendweise als willenlosen „Armhebern“ und „Abnickern“ bezeichne. Der Leserbrief spreche dafür, dass sich der Verfasser kaum ernsthaft mit der Umgehung Ostheim und ih-

rer Vorgeschichte auseinander gesetzt habe.

Tatsächlich sei die an die jetzige Autobahn-Brücke anknüpfende Nordumgehung bereits im März 1999 im Parlament und den Ausschüssen ohne Gegenstimme von allen Fraktionen beschlossen worden. Nur die FWG habe sich enthalten.

Die Darstellung Freitags, nur eine Hand voll uneinsichtiger Sozialdemokraten habe die jetzt geplante Trasse quasi im Handstreich gegen den Rest der Welt oder zumindest Ostheims durchgesetzt, könne daher gestrost in den Bereich der Fantasie verwiesen werden.

Fast Verleumdung

Dass nun auch Gemeindevertreter und Ortsbeiräte von CDU und Gemeinschaftsliste (GL) meinten, ihre frühere Befürwortung der Nordumgehung schlicht verleugnen oder zumindest mit „hinterhältigem Druck“ der SPD begründen zu müssen, sei nicht nur auf die bevorstehende Kommunalwahl zurückzuführen. Auch die Dis-

kussion seitens der Bürgerinitiative Ostheim habe den Boden einer rationalen Auseinandersetzung verlassen und drohe teilweise in Panikmache und Verleumdung abzugleiten. Unsinnige Schlagwörter wie „Katastrophenort“ und „Todeskreisel“ oder das hartnäckige Ignorieren fachlicher Bewertungen seien ehr Ausdruck des Versuchs, Hysterie zu erzeugen, als Beleg einer fundierten sachlichen Bewertung, meinte Schneider.

„Verhalten schadet“

Dem Anliegen der BI schade ein solches Verhalten, weil es im Ergebnis dazu führe, dass der Dialog zwischen allen Beteiligten unmöglich werde. Nur mit einer grundsätzlichen Akzeptanz der gegensätzlichen Position könne dieser Dialog zum Nutzen der Ostheimer Bürgerinnen und Bürger fortgeführt werden.

Nützlich wäre es aus seiner Sicht, so Schneider, wenn beide Lager sich erst nach sorgfältiger Prüfung der jetzt vorliegenden Bewertungen und Gutachten

weiter auseinander setzen würden. Statt zu pauschaler Verdammung solle sich die BI zur konstruktiven Kritik entschließen, bat er. Dies würde allerdings nicht nur die Überprüfung und gegebenenfalls Rücknahme mancher nicht mehr haltbarer These voraussetzen, sondern auch die grundsätzliche Bereitschaft zur kritischen Begleitung der laufenden Planung.

Ehrliche Sorge ums Dorf

Schneider räumte ein, dass die meisten BI-Mitglieder und Bürger Ostheims in ehrlicher Sorge um ihr Dorf handelten. Andererseits erwarte er aber auch von ihnen, dass sie die Motive der SPD akzeptierten, die das ganze Projekt Gewerbegebiet für die Zukunft aller Malsfelder Ortsteile in Angriff genommen habe. Den Sozialdemokraten zu unterstellen, sie hätten ihre Gemeinde „verraten und verkauft“, ihr jahrelanges Engagement als „Abnickerei“ abzustempeln, sei unwürdig und habe mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun. (red)

NORDUMGEHUNG

BI Ostheim plant Bürgerbegehren

Die Bürgerinitiative (BI) „Zukunft Ostheim“ will versuchen, den Bau der Nordumgehungsstraße mit einem Bürgerbegehren zu stoppen. Am Donnerstag soll darüber diskutiert werden.

OSTHEIM ■ „Es ist 5 vor 12 - das Bürgerbegehren muss kommen!“ Mit diesen Worten lädt die Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ die Bevölkerung für Donnerstag, 11. Januar, ins Dorfgemeinschaftshaus ein.

Dort soll ab 20 Uhr über die Einleitung eines Bürgerbegehrens diskutiert werden. Ziel soll es sein, den Bau der Nordumgehung Ostheims im Zusammenhang mit dem neuen Gewerbegebiet auf der jetzt vorgesehenen Trasse zu verhindern.

Bei dem Treffen am Donnerstag will sich die BI auch ihres Rückhalts in der Ostheimer Bevölkerung versichern. Bei einer Unterschriftenaktion im vergangenen Jahr hatten sich über 80 Prozent der Ostheimer hinter die Forderung der BI nach einer ortsferneren Umgehungsstraße gestellt.

Um ein Bürgerbegehren ein-

leiten zu können, muss das Anliegen von mindestens zehn Prozent der wahlberechtigten Einwohner einer Kommune per Unterschrift unterstützt werden. Das schreibt die Hessische Gemeindeordnung vor. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheidet dann das Gemeindeparlament.

Stimmt die Gemeindevertretung zu, kommt es zu einem Bürgerentscheid. Der ist dann im Sinne der Antragsteller entschieden, wenn sich die Mehrheit der gültigen Stimmen für ihre Position entscheidet und wenn diese Mehrheit mindest 25 Prozent der Wahlberechtigten beträgt.

Sollte der Bürgerentscheid kommen und eine solche Mehrheit erhalten, wäre die Gemeindevertretung für drei Jahre an dieses Votum gebunden.

Es wäre der zweite Bürgerentscheid im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet. Am 17. November 1996 hatten 2192 von 3186 wahlberechtigten Malsfeldern darüber abgestimmt. Damals votierten 53,26 Prozent für, 46,73 Prozent gegen das Gewerbegebiet. In Ostheim hatte es 138 Ja- und 86 Nein-Stimmen gegeben.

(tom)

AUTOBAHNZUBRINGER

Der Plan existiert schon seit über 65 Jahren

OSTHEIM ■ Die Idee, bei Ostheim einen Autobahnzubringer zur A7 zu bauen, ist schon älter, als die meisten derer, die ihn heute befürworten oder ablehnen.

Denn laut den Nachforschungen des Malsfelder Hobby-Historikers Konrad Müldner lassen sich erste Planungen für eine „Heerstraße“ bis in das Jahr 1935 zurück verfolgen. Den ers-

ten Plan für einen solchen Autobahnzubringer hatten demnach die Nationalsozialisten.

Die Straße sollte von der neuen Brücke, heute Lindenstraße, über die Bachstraße durch den Wolfsgarten führen – auf der Feldbahnstrecke der Niederhessischen Basaltwerke. Der Widerstand des Werkbesitzers, Philip Bartolemes, „Hoflieferant“ Berlins, habe den Bau verhindert.

In der Folge seien noch weitere Entwürfe gemacht worden. Diese wurden aber nicht umgesetzt und hätten seit Kriegsende mit dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands in den Schubladen geruht.

Verstärkt durch den Bau des Melsunger Autobahnzubringers, 1962, sei der Plan für einen Zubringer bei Malsfeld in den

Köpfen der Verantwortlichen in Vergessenheit geraten.

Erstmals 1986 kam er wieder auf den Tisch. Müldner selbst sei von der Hersfelder Gesellschaft für Landeskultur mit einer Biotopkartierung für die geplante Trasse beauftragt worden.

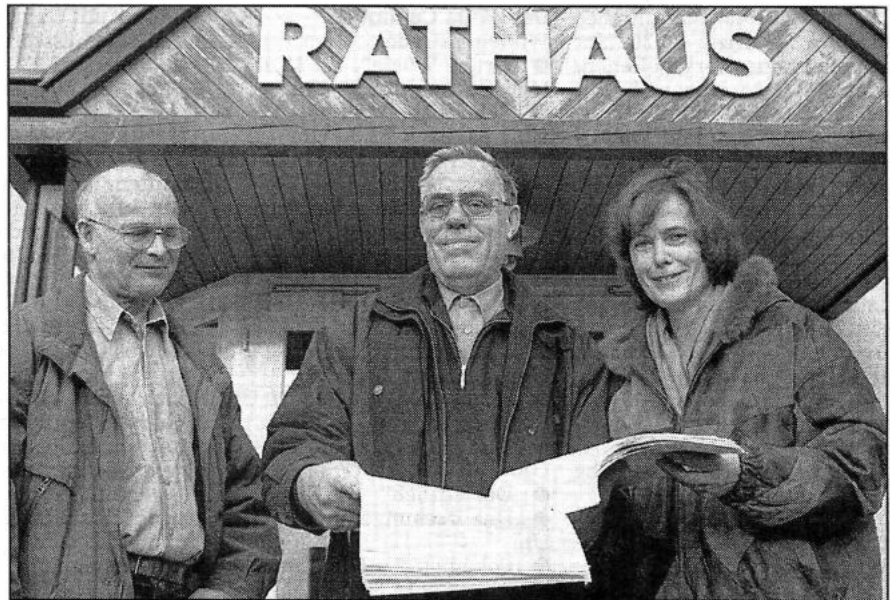
In diesen Tagen ist die Diskussion um einen Autobahnzubringer bei Malsfeld wieder aktueller denn je. (BF)

555 begehren Bürgerentscheid

MALSFELD ■ Die Bürgerinitiative Zukunft Ostheim lässt nicht locker: Am Donnerstagmittag übergaben Ilona Janassek und Hans Paulus im Malsfelder Rathaus 68 Unterschriftenlisten mit der Signatur von 555 Frauen und Männern für ein neuerliches Bürgerbegehren. Die BI will erreichen, dass die Malsfelder darüber entscheiden können, ob die Beschlüsse des Parlaments vom 14. Dezember vergangenen Jahres aufgehoben werden.

In dieser Sitzung der Gemeindevertretung waren die Änderungen des Flächennutzungsplanes für die Nordumgehung Ostheim und den Zubringer von der B 83 zur geplanten Anschlussstelle an die A7 beschlossen worden. Ob's bei diesen Entscheidungen bleibt oder nicht, darüber sollten die Malsfelder Bürger selbst bestimmen, ist die Meinung der Bürgerinitiative. Bei den Beschlüssen seien wesentliche öffentliche und private Belange nicht gegeneinander und untereinander abgewogen worden, argumentieren die Ostheimer.

Ilona Janassek und Hans Paulus übergaben die 555 Unterschriften an Ersten Beigeordneten Herbert Harbusch (Mitte). Die Bürgerinitiative Zukunft Ostheim möchte durch einen Bürgerentscheid die Beschlüsse des Parlaments kippen. (Foto: Sassenberg)



Laut Kommunalaufsicht reicht die Unterschrift von zehn Prozent der im Jahr 1997 wahlberechtigten Malsfelder, um einen solchen Bürgerentscheid in Gang zu bringen. Das waren 3249 Bürger. Danach ist mit 555 Stimmen die erforder-

liche Zahl an Unterschriften weit überschritten. Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens allerdings entscheidet die Gemeindevertretung. Die Ablehnung kann nur aus formellen Gründen erfolgen. Schon im November 1996 hat-

te es einen Bürgerentscheid über die Ausweisung eines Gewerbegebietes bei Ostheim gegeben. Damals sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 68,8 Prozent 1159 Malsfelder (53,26 Prozent) für das Gewerbegebiet aus. (I)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Nun doch Pläne für neue Brücke

GRÜNE

Lehrstück in Demokratie

MELSUNGEN ■ Als ein „Lehrstück in Sachen Demokratie“ haben Bündnis 90/Die Grünen in Melsungen den Erfolg der Ostheimer Bürgerinitiative bei der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren bezeichnet.

Die Tatsache, dass innerhalb von 48 Stunden die erforderliche Anzahl von Unterschriften zusammen gekommen sei, zeigt nach Ansicht von Fraktionschef Jochen Böhme-Gingold, welche Kraft und Entschlossenheit hin-

ter dem Bürgerbegehren stecke. Der Rückhalt der BI in der Bevölkerung sei sehr groß.

Noch vor wenigen Wochen seien weder Zweckverband noch Gemeindevertretung bereit gewesen, den Ostheimern eine faire Lösung zu gewähren, erinnerte Böhme-Gingold. Die Rechnung, mit sicheren Mehrheiten in beiden Gremien rücksichtslos vollendete Tatsachen schaffen zu wollen, sei nicht aufgegangen, freute sich der Politiker der Grünen. (tom)

Das geplante Bürgerbegehren der Bürgerinitiative Ostheim hat den Zweckverband nicht unbeeindruckt gelassen. Jetzt wird geprüft, ob nicht doch eine neue Autobahnbrücke gebaut werden kann.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Mit 555 Unterschriften für ein Bürgerbegehren hat die Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ die erste Hürde für einen Bürger-

VON THOMAS STIER

entscheid zu den neuen Straßen für das Gewerbegebiet locker genommen. Das hat auch den Zweckverband Interkommunales Fuldataal spürbar beeindruckt. Zweckverbands-Vorsitzender Klaus Stiegel: „Ein Bürgerentscheid gegen das Gewerbegebiet wäre der Dolchstoß für das ganze Vorhaben. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es dann weitergehen könnte.“

Solche Ängste im Hinterkopf denkt der Zweckverband nun – allen bisherigen Beschlüssen zum Trotz – doch noch über den Bau einer neuen Autobahnbrücke bei Ostheim nach. Stiegel: „Wir haben schon immer den Konsens und nicht den Konflikt gesucht und prüfen jetzt eine

neue Kompromiss-Lösung.“

Die könnte so aussehen: Etwa 470 Meter nördlich der bestehenden Autobahnbrücke könnte vom Zweckverband eine neue Brücke gebaut werden. Die müsste an das bestehende Straßennetz angeschlossen werden, weil nur so sicher gestellt werden kann, dass der Bund seinen zugesagten Anteil von 2,6 Millionen Mark für die neue Autobahn-Anschluss-Stelle Ostheim übernimmt.

Nach vorläufigen Berechnungen des Zweckverbandes würde die Brücke rund 1,5 Millionen Mark kosten. Weil bei ihrem Bau aber der Kreisel am Ostheimer Friedhof überflüssig würde, könnten dort zusätzlich vier Hektar Fläche für die An-

siedlung von Betrieben verkauft werden. Der Verkaufserlös, so rechnete Stiegel vor, könnte für die Finanzierung der Brücke verwendet werden, so dass für die Mitgliedskommunen des Verbandes keine oder nur geringe zusätzliche Kosten entstünden.

„Das sind zurzeit aber alles reine Planspiele“, dämpfte Stiegel vorschnelle Hoffnungen. Bei einem Gespräch Ende dieser Woche beim Regierungspräsidium in Kassel sollte geprüft werden, ob alle beteiligten Ämter und Behörden, ob das Land und der Bund und natürlich die Straßenplaner diese Lösung mittragen würden. Zum Beispiel müssten die neuen Pläne im Regionalen Raumordnungsplan verankert werden. „Noch ist al-

les in der Schwebe“, meinte der Felsberger Bürgermeister.

Immerhin: Sollte mit den beteiligten Stellen und nicht zuletzt mit der Bürgerinitiative ein Kompromiss erzielt werden können, sei der schnell umzusetzen, weil dann keine Probleme mit dem Grunderwerb und mit rechtlichen Einsprüchen zu erwarten seien.

Die neue Planung, so Stiegel, sei nicht „vom Himmel gefallen“. Der Zweckverband habe immer nach einer möglichst einvernehmlichen Lösung gesucht. Aber: Ohne den beharrlichen Kampf der Bürgerinitiative, wäre die Idee einer neuen Brücke letztlich wohl nicht mehr „in die Interessen des Zweckverbandes eingeflossen“.

Bürgerinitiative Ostheim: Kompromiss möglich

„Angenehm überrascht“ und mit „zurückhaltendem Optimismus“ hat die Bürgerinitiative Ostheim das Einlenken des Zweckverbandes aufgenommen. Zwar würde die neue Brücke nach den bisherigen Überlegungen etwa 200 Meter näher am Dorf stehen, als von der BI gefordert. Jedoch hält BI-Sprecher Hans Paulus eine Kompromiss-Lösung für möglich. Paulus zur HNA: „Es darf aber kein fauler Kompromiss sein.“

In Gesprächen mit dem Zweckverband habe die BI jedenfalls ihre Bereitschaft signalisiert, sich ebenfalls in ihren Positionen zu bewegen, sagte Paulus. Ob dann letztlich auf einen Bürgerentscheid über das Gewerbegebiet verzichtet werden könne, müsse die BI zu gegebener Zeit entscheiden. Schließlich sei in dem Bürgerbegehren auch der Autobahnzubringer von der B 83 zum Hochland enthalten. Damit sei eine gewisse Erwar-

tungshaltung der Malsfelder entstanden, die berücksichtigt werden müsse. Ohne deren Unterschriften, so Paulus, wäre die erforderliche Zahl für ein Bürgerbegehren nicht erreicht worden.

Sollten sich BI und Zweckverband einigen, hält Paulus ein beschleunigtes Verfahren für möglich, weil es dann keine Probleme mit dem Verkauf der für die Umgehungsstraße erforderlichen Flächen geben dürfte. (tom)

HNA
**Melsunger
Allgemeine**

Ämtliches Verkündigungsorgan für den Schwalm-Eder-Kreis, die Städte Melsungen, Spangenberg, die Gemeinde Malsfeld sowie für das Amtsgericht Melsungen.
Kasseler Straße 17, 34212 Melsungen

Geschäftsstelle (Anzeigen, Abonnements): Tel. 0 56 61 / 70 57 - 11.

Geschäftsanzeigen: ☎ 0 56 61 / 70 57 - 13, Fax 0 56 61 / 63 10.

Redaktion: ☎ 0 56 61 / 70 57 - 14, Fax Redaktion 0 56 61 / 70 57 - 22.

Redaktion: Reinhard Berger (Gesamtleitung kom.), Redaktion Melsungen: Thomas Stier (verantwortlich), Ausgabe Fritzlar-Homburg: Reinhard Berger, Redaktion Fritzlar: Reinhard Berger (verantwortlich), Redaktion Homburg: Heinz Rohde (verantwortlich), Redaktion Schwalmstadt: Rainer Schmitt (verantwortlich).

Sport: Ralf Ohm (Homburg). E-Mail: melsungen@HNA.de

NORDUMGEHUNG

500 Meter mehr Luft für Ostheim

Es gibt eine neue Brücke über die Autobahn bei Ostheim. Für die Nordumgehung des Dorfes wurde ein Kompromiss gefunden. Damit rücken die Straßen-Neubauten 500 Meter weiter weg vom Ort als bisher geplant.

OSTHEIM ■ Die Nachricht kam per Telefon: Der Bund beteiligt sich auch dann an den Kosten für den geplanten Autobahnanschluss bei Ostheim, wenn für

VON ANDREA BRÜCKMANN

das Verkehrsprojekt eine neue Brücke bei Ostheim einen halben Kilometer weg vom Ort gebaut wird. Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) teilte diese seinem Melsunger Parteikollegen Volker Wagner mit. Wagner ist Vorsitzender der Verbandsversammlung des Zweckverbandes, der bei Ostheim das interkommunales Gewerbegebiet errichten will.

Richtung Elfershausen

Mit dem Anruf aus Berlin ist die entscheidende Hürde aus dem Weg geräumt worden, die bisher gegen ein neues Brückenbauwerk sprach. Bei einer Neuplanung werde der Bund sich nicht mehr an der Finanzierung beteiligen, hieß es Monate lang.

Mit diesem Argument war der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ der Wind für eine Verbesserung der Planung der Autobahnanschlüsse und der Ortsumgehung aus den Segeln genommen worden. Jetzt steht einer Verschiebung dieser Straßen um einen halben Kilometer nach Norden nichts mehr im Weg.

So interpretiert auch der Malsfelder Bürgermeister Herbert Vaupel die Nachricht aus der Bundeshauptstadt. „Wenn wir das so hinbekommen, dann ist das eine ausgesprochen befriedigende Lösung“, sagte Vaupel. Er betonte, dass sich die Gemeinde intensiv um eine Verbesserung für die Ostheimer Bürger bemüht habe.

Deren Maximalforderung, eine neue Brücke 670 Meter nördlich des Dorfes zu bauen, wird

zwar nicht umgesetzt. Doch wurden bei einem Gespräch im Kasseler Regierungspräsidium bereits die Möglichkeiten ausgelotet, durch den Bau einer neuen Brücke doch den Wunsch der Bürgerinitiative Ostheim nach einer ortsferneren Dorfumgehung möglich zu machen. Und diese hat mit der Zusage des Bundes jetzt beste Chancen auf eine Umsetzung.

Vier Hektar zusätzlich

Danach baut der Zweckverband auf eigene Kosten eine neue Brücke – 500 Meter vom Ort entfernt. Finanziert werden soll das Bauwerk durch den Verkauf der Flächen in unmittelbarer Nähe der bestehenden Brücke über die A7. Dadurch, dass die so genannten Friedhofs-

kreisel entbehrlich würden, könnten vier Hektar zusätzlich als Gewerbegebiet ausgewiesen werden, erläuterte Vaupel.

„Geradezu ideal“

Zudem habe man mit dem Kompromiss eine geradezu „ideale Trassenführung“ für die Ortsumgehung erreicht. Die soll auf einem alten Wirtschaftsweg verlaufen, werde die Ackerflächen nicht zerschneiden, sondern nur tangieren, und die Rhündaue nicht beeinträchtigen. Zwar wird die alte Umgehung 2020 Meter lang, das sind 380 Meter mehr als die ursprünglich geplante, jedoch ist sie damit noch immer 300 Meter kürzer als die von der BI vorgeschlagene Linie. Eingespart wird Geld, weil ein Unterföhrungsbauwerk für einen Feldweg und Rampenaufschüttungen entbehrlich werden. Damit könne man „ausgesprochen zufrieden“ sein, urteilte Vaupel. „Wir haben eine gute Lösung für Ostheim erreicht.“

Dass das möglich wurde, sei auch dem Entgegenkommen der Bürgerinitiative Zukunft Ostheim zu verdanken. Sowohl diese als auch der Zweckverband habe sich von den teilweise fest gefahrenen Positionen bewegt. Nachdem im letzten Quartal 2000 die „Eiszeit ausgebrochen“ war, „haben wir seit Anfang Januar begonnen, wieder miteinander zu reden.“

Grünes Licht von mehreren Stellen

Obere Naturschutzbehörde, Straßenbauer und Regionalplanung – sie alle müssen Ja sagen zu dem Kompromiss. Dass das klappt, da ist der Malsfelder Bürgermeister optimistisch. Die Obere Naturschutzbehörde habe Zustimmung signalisiert. Auch für die Straßenplaner ist die neue Lösung kein Problem und für die Regionalplanung schon gar nicht. Die Gemeindevertretung müsse lediglich eine

Abweichung vom Regionalen Raumordnungsplan beantragen. Das könne bereits in der nächsten Sitzung geschehen. Die ist für den kommenden Donnerstag angesetzt. Entschieden werden sollte dann auch über das Bürgerbegehren. Das hat sich nach Vaupels Ansicht mit einem Brückenneubau in weiten Teilen erledigt. Die BI solle darüber nachdenken, ob sie ihre Initiative zurückziehe (l)

BÜRGERBEGEHREN

Grüne bestärken BI

MALSFELD ■ Die Grünen aus Melsungen, Felsberg und Morschen geben der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ Rückendeckung. Die streitbaren Ostheimer sollten sich nicht von dem Bürgerbegehren abbringen lassen, heißt es in einer Pressemitteilung der Bündisgrünen. Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit sei ein gesundes Misstrauen gegenüber dem Zweckverband und seinen Aussagen angebracht.

Als Beispiel hierfür wird die Darstellung des Zweckverbandsvorsitzenden Klaus Stiegel genannt, der Verband habe immer nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. Da fallen die Grünen ein anderes Urteil. In der Verbandsversammlung seien nie andere Varianten diskutiert worden. Vielmehr sei es um möglichst schnelle Abstim-

mung gegangen.

Die Vorschläge des einzigen Grünen im Zweckverband, Jochen Böhme-Gingold, zu den Belangen der Ostheimer seien alle ignoriert worden. Der Zweckverband habe die Verantwortung nach Wiesbaden oder Bonn abgeschoben.

Ein Bürgerentscheid jetzt sei kein „Dolchstoß“ gegen das Gewerbegebiet wie von Bürgermeister Stiegel jüngst behauptet. Vielmehr gehe es um die Planung der Ortsumgehung Ostheim und des Autobahnanschlusses.

Die genannten Kosten von sechs bis zehn Millionen Mark für die neue Brücke seien zur Einschüchterung und Panikmache genannt worden, vermuten die Grünen. Aktuelle Zahlen gehen von 1,5 Millionen Mark für den Brückenneubau aus. (l)

AUTOBAHNBRÜCKE

„Noch viele Details zu klären“

Gesprächsbedarf haben nach dem Durchbruch für den Brückenneubau über die A 7 bei Ostheim beide Seiten: der Zweckverband und die Bürgerinitiative. Verkehrsminister Dieter Posch will in Berlin Einzelheiten klären.

OSTHEIM ■ Die Nachricht vom späten Donnerstagnachmittag schlug bei der Bürgerinitiative Zukunft Ostheim ein wie eine Bombe. Dass der Bund die ge-

VON ANDREA BRÜCKMANN

plante Anschlussstelle auch an eine neue Brücke anzubinden bereit ist, erfuhren die BI-Mitglieder pünktlich zu einem ihrer üblichen Treffen in der Ostheimer Schenke.

„Wir freuen uns, dass unsere Entschlossenheit und Standhaftigkeit Erfolg hatte“, war die erste Reaktion von BI-Sprecher Hans Paulus. Gespannt sei die BI auf die Details. Über die müsse noch im Einzelnen gesprochen werden, urteilte gestern Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel als Vorsitzender des Zweckverbandes Interkommunales Gewerbegebiet. Wie berichtet hatte sich der Verband bereit erklärt, den Brückenneubau zu finanzieren.

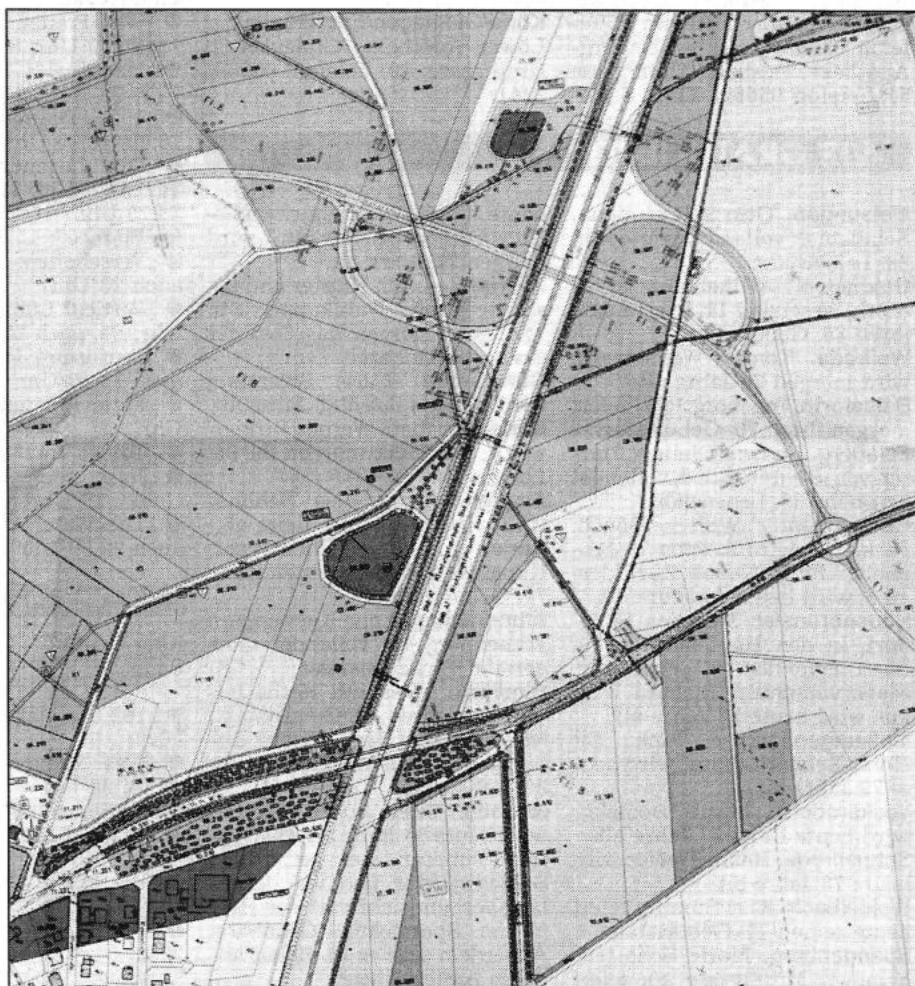
„Bei allem Optimismus ist noch eine Menge Arbeit zu tun, bevor wir sagen können: Jetzt haben wir alles in trockenen Tüchern.“ Diese Einschätzung teilt Stiegel mit dem Hessischen Verkehrsminister Dieter Posch (FDP). Beide dämpften gestern in Gesprächen mit der HNA die Euphorie. Noch seien die Verhandlungen nicht abgeschlossen, sagte Posch.

Ministergespräche

Posch hatte sich in der vergangenen Woche mehrmals in die Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium eingeschaltet und dort mit seinem Ministerkollegen Bodewig (SPD) wegen Ostheim verhandelt. „Ich freue mich, dass die Initiative Erfolg hatte“, kommentierte Posch die Entwicklung.

Dass der Minister aus Meldungen daran einen nicht unerheblichen Anteil habe, das unterstrich gestern Zweckverbandsvorsitzender Stiegel. Das jetzt Erreichte sei das „Ergebnis von sehr intensiven Gesprächen“, in die alle wichtigen Stellen einbezogen worden seien, urteilte Stiegel. Ohne Posch wäre das Projekt nicht umzusetzen. Da habe der Zweckverband sehr eng mit dem Wiesbadener Ministerium kooperiert. Auf diesen Rückenwind hofft Stiegel auch für die „Hausaufgaben“, die

So sieht die Vorplanung aus, die die Hersfelder Ingenieurgesellschaft rebo consult für die A 7-Anschlussstelle in der Ostheimer Senke erarbeitet hat. Die vorgesehene neue Brücke könnte danach 470 Meter von der alten entfernt über die Autobahn verlaufen. Zur Orientierung: links unten der Ortsrand von Ostheim. (Repro: Brückmann)



jetzt durch den Zweckverband erledigt werden müssten.

Knobelaufgabe

Eine echte Knobelaufgabe wartet allerdings noch darauf gelöst zu werden. Nämlich die Frage, wie die Ablösung finanziert wird, die der Bund für die Übernahme der neuen Brücke in seine Baulastpflicht kassieren will. 400 000 Mark stehen allein für die Brücke im Raum. Wenn die Kosten für die zu ihr hinaufführenden Rampen ebenfalls eingefordert werden, verliert sich diese Summe.

Um diese Finanzierungsfrage ging es in den Gesprächen, die Posch mit Bodewig und dessen Staatssekretär Ralf Nagel in der vergangenen Woche führte und

die er am Montag fortsetzen will.

Unterdessen sitzt der Malsfelder Gemeindevertretung die Zeit im Nacken. Die trifft sich am kommenden Donnerstag – eigentlich zum letzten Mal vor der Kommunalwahl. Angesichts der neuen Entwicklung wurde die Tagesordnung über den Haufen geworfen. Beschlüsse zum Flächennutzungsplan bei Ostheim erübrigen sich, für bereits gefallene Entscheidungen könnten Abweichungen vom Regionalen Raumordnungsplan beantragt werden.

Die Parlamentarier wurden bereits darauf vorbereitet, falls nötig am 8. März noch einmal zusammenzukommen. Schließlich sagt Zweckverbandschef Stiegel: „Es darf keine wesentlichen Verzögerungen geben.“

Lampe lädt zu Infoabend ein

Zu einer Bürgerinformation über die neuen Pläne lädt der Ostheimer Ortsvorsteher Reiner Lampe für Dienstag, 20. Februar, 20 Uhr ins Dorfgemeinschaftshaus ein. Die Kompromisslösungen für die neue Brücke, die Ortsumgehung und die Anschlussstellen werden vorgestellt. (l)

BI zieht nicht zurück

Die Bürgerinitiative Ostheim zieht ihr Bürgerbegehren trotz des Durchbruchs für einen Brückenneubau noch nicht zurück. Zunächst wolle man Genauerer wissen, sagte gestern auf HNA-Anfrage BI-Sprecher Hans Paulus. „Wir halten nach wie vor unsere bisher favorisierte Variante für die Beste.“ Dennoch sei

man Kompromiss bereit. Jetzt wartet die BI auf die versprochene Einladung zu einem Gespräch mit Posch, den Fachbehörden, der Gemeinde und dem Zweckverband. Den Trumpf Bürgerbegehren will sie noch nicht hergeben. Paulus: „Das war der Eisbrecher, erst danach ist der Zweckverband auf uns zugekommen.“ (l)

UMGEHUNGSSTRASSE

Klarheit bis 8. März?

24.

02.

2001

Am 8. März wird das Malsfelder Parlament zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Bis dahin soll Klarheit herrschen, ob die neue Autobahnbrücke für die Nordumgehung Ostheim gebaut werden kann.

MALSFELD ■ Die Besucherstühle im Malsfelder Rathaus waren bei der Parlaments-Sitzung am Donnerstag wieder gut gefüllt. Doch die Männer und Frauen, meist wegen der Ortsumgehung Ostheim und des im Raum stehenden Bürgerentscheides gekommen, müssen sich noch gedulden: Die Fragen zum möglichen neuen Brückenbauwerk und zum Bürgerentscheid will das Parlament erst in einer Sondersitzung am Donnerstag, 8. März, im Malsfelder Rathaus behandeln.

Bürgermeister Herbert Vaupel hatte zu Beginn der Sitzung noch einmal den Weg erläutert, der zur möglichen Kompromiss-Lösung führte. Die sieht vor, etwa 500 Meter nördlich der alten eine neue Autobahnbrücke zu bauen und so die Nordumgehung Ostheim weiter entfernt vom Dorf verlaufen zu lassen. Finanziert werden soll die Brücke durch den Verkauf von vier zusätzlich gewonnenen Hektar Gewerbegebiet zwischen Ostheimer Friedhof und Autobahn.

Während der Sondersitzung, so Vaupel, müsse das Parlament die erforderlichen Beschlüsse zur erneuten Veränderung der Flächennutzungs- und Raumordnungspläne sowie einen Aufstellungsbeschluss für die neue Brücke fassen. Diese Pläne könnten dann auch gleich offen gelegt werden, so dass im Idealfall kaum eine zeitliche Verzögerung eintreten werde.

Offene Fragen

Bis dahin freilich seien noch einige offene Fragen zu klären. So habe die Bürgerinitiative Ostheim den Wunsch angemeldet, die Umgehungsstraße nicht auf hochwertigem Ackerland, sondern auf dem direkt daneben liegendem Weideland auf der anderen Seite des Wirtschaftsweges verlaufen zu lassen.

Während Vaupel dies für leicht machbar hält, sieht er beim zweiten Wunsch der BI Probleme: Die möchte das „Ohr“ des neuen Autobahnan schlusses auf der Ostheimer Seite der Autobahn in Richtung Norden umlegen, um so einen noch größeren Abstand zwischen Dorf und Straße zu schaffen.

Würde so gebaut, warnte Vaupel, müssten später rund zwei Drittel der Fahrzeuge, die hier die A 7 verlassen und Gewerbegebiet oder Rasthof auf der anderen Autobahnseite ansteuern, nach links abbiegen. Dies würde erhebliche Stauungen und Verkehrsgefährdungen verursachen und sei nach Aussage der Kasseler Straßenplaner so wohl nicht zu machen.

Minister Posch kommt

Am Dienstag nächster Woche will Verkehrsminister Dieter Posch nach Malsfeld kommen und alle Fragen mit den Vertretern der Fachbehörden und der Bürgerinitiative besprechen. Geklärt werden muss unter anderem auch noch, wer bei einem neuen Brückenbauwerk für die Unterhaltung der alten Autobahnbrücke und der neuen Anschluss-Straßenteile zuständig ist.

Vaupels Hoffnung: Dann sollten die neue Brücke, die veränderte Umgehungsstraße und die neuen Straßenanbindungen abgeklärt und gesichert sein, so dass ein Bürgerentscheid überflüssig wird. (tom)

Taubenfänger

Geht nicht, klappt nicht, ist nicht zu bezahlen, seid zufrieden mit den kleinen Verbesserungen, die wir euch zugestehen. Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach, wurde den Dick-schädeln aus Ostheim auch an dieser Stelle nahe gelegt.

Und nun das! Die Männer und Frauen der Bürgerinitiative Ostheim haben als erfolgreiche Taubenfänger mehr erreicht, als wohl auch die kühnsten Optimisten in ihren Reihen zu träumen wagten.

Die neue Brücke kann fast dort gebaut werden, wo sie die Ostheimer hinhaben wollten. Die Umgehungsstraße verläuft weit weg von Dorf und Friedhof. Sogar das Ohr des neuen Autobahnanschlusses wird nach Norden umgeklappt, Bund, Land und Zweckverband legen Millionen nach. Das ist ein Sieg erster Klasse für einen spät gestarteten Außenseiter mit eigentlich minimalen Erfolgschancen.

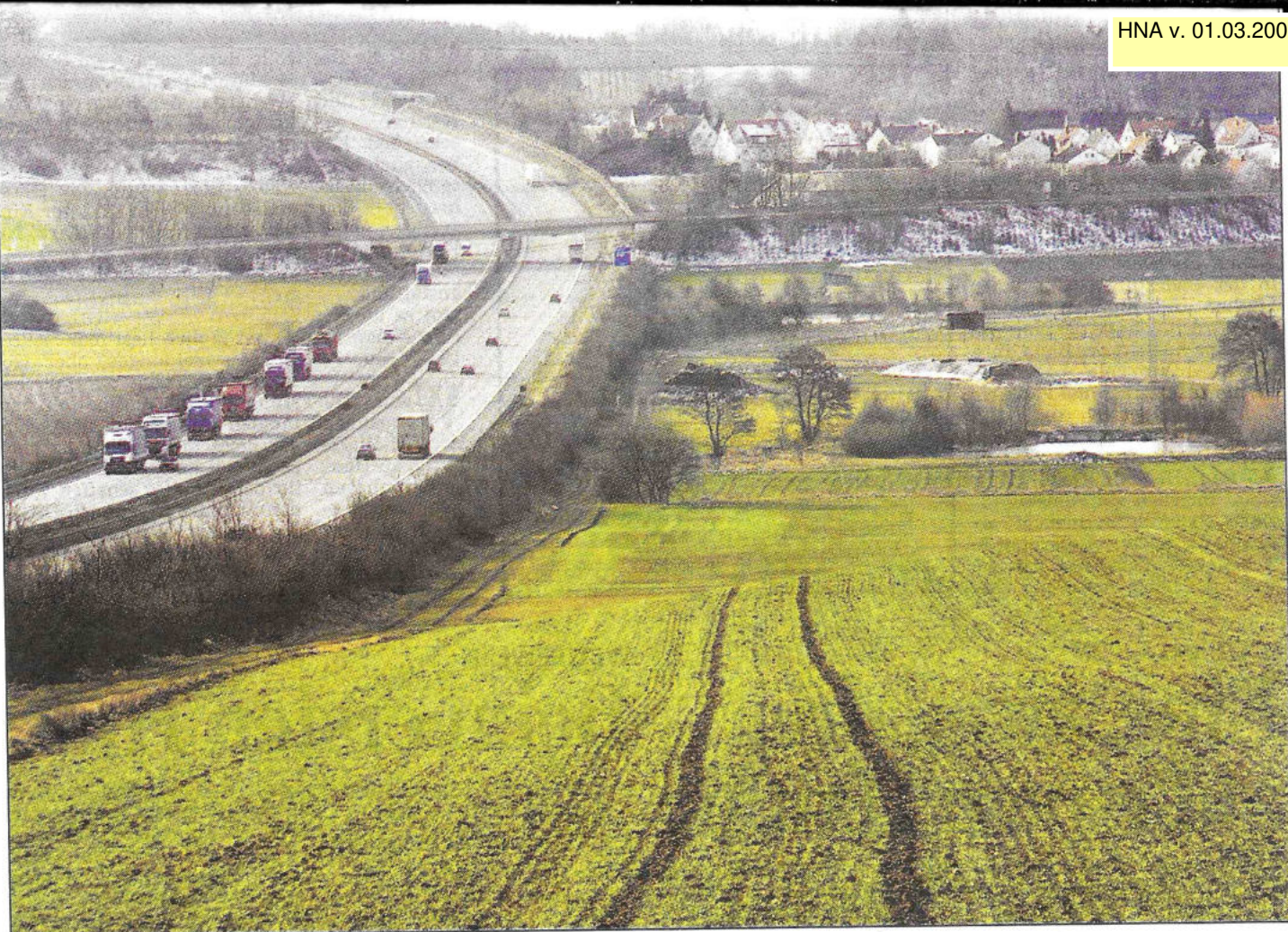
Der Erfolg hat viele Väter, doch in diesem Fall lässt sich der erzielte Durchbruch wohl an einer Person festmachen:

Dieter Posch. Kaum anzunehmen, dass ein Verkehrsminister aus Südhessen sich mit so viel Herzblut in diese Angelegenheit gekniet hätte, wie der Rechtsanwalt aus Melsungen.

Welche Verhandlungskünste nötig waren, um Berlin nicht nur zur Einhaltung seiner Finanzierungszusage auch am neuen Brückenstandort zu bewegen, sondern auch noch über eine Million draufzusatteln, wird wohl Poschs Geheimnis bleiben.

Dass die bevorstehende Wahl die Politiker empfänglicher für Bürgerwünsche macht als üblich mag noch hinzukommen. Dem Zweckverband jedenfalls schrieb Posch ins Stammbuch, dass ein frühzeitigeres Eingehen auf die Forderungen der Ostheimer wichtige Zeit gespart hätte.

Doch das ist Schnee von gestern. Selbst nach dem jetzt erzielten Durchbruch sind noch genügend Hindernisse auszuräumen, bis sich im Hochland der erste neue Betrieb ansiedelt. Die Chance dafür ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. *Thomas Stier*



Der kleine Teich (rechts), Ausgleichsmaßnahme für den Naturverbrauch bei der Verbreiterung der Autobahn, markiert den Standort der neuen Autobahnabfahrt Ostheim. Dort, wo links die Lkw-Kolonne rollt, soll die neue Brücke über die A 7 gebaut werden. Der Standort liegt damit rund 500 Meter von der alten Brücke und Ostheim (hinten) entfernt. (Foto: Stier)

AUTOBAHNANSCHLUSS OSTHEIM

Durchbruch für neue Brücke

War das der entscheidende Durchbruch für das Gewerbegebiet Ostheim? Land und Bund stocken ihren Beitrag um Millionen auf, die neue Autobahnbrücke kann gebaut werden.

MALSFELD ■ „Das ist fast wie Weihnachten“, kommentierte Hessens Verkehrsminister Dieter Posch die jüngste Wende im Poker um das Gewerbegebiet

VON THOMAS STIER

Ostheim. Die darf durchaus als kleine Sensation gewertet werden:

Um die Mehrkosten für den Bau einer neuen Autobahnbrücke für die Nordumgehung Ostheims von vier Millionen Mark zu finanzieren, hat der Bund seine Zusage von 2,6 Millionen Mark für den Bau des neuen Autobahnanschlusses auf nun vier Millionen Mark aufgestockt. Das Land packt auf seine vier Millionen für die Umgehungsstraße noch einmal 1,1 Millionen Mark drauf. Der Zweckverband Mittleres Fuldaatal steuert weitere 1,5 Millionen Mark bei, die aus dem Verkauf von vier Hektar

zusätzlichen Gewerbegebiets beim Ostheimer Friedhof erlöst werden sollen.

Damit steht die Finanzierung jener 10,6 Millionen Mark, die den Bau von Umgehung und Autobahnanschluss nahezu genau so ermöglichen, wie sie von der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ gefordert wurden:

Ohr wird umgeklappt

Knapp 500 Meter nördlich der alten soll eine neue Autobahnbrücke gebaut werden. Das Ohr der Abfahrt von der Südfahrbahn der A 7 soll in Höhe des kleinen Teichs liegen, der damals als Ausgleichsmaßnahme

für die Verbreiterung der Autobahn angelegt wurde. Und: Was noch in der vergangenen Woche als technisch unmöglich bezeichnet wurde, geht nun doch: Das Ohr wird Richtung Norden und damit weg von Ostheim umgeklappt. Die Nordumgehung verläuft dann zwischen 450 und 500 Meter vom Dorf entfernt. Zu diesen neuen Plänen haben die Behörden, Naturschützer und Straßenplaner Zustimmung signalisiert.

Am Dienstag hatten sich alle Beteiligten inklusive der Bürgerinitiative im Malsfelder Rathaus zusammengesetzt und sich unter Federführung von Minister Posch auf die neue Lösung

verständigt. Die muss nun vom Malsfelder Parlament in der Sondersitzung am Donnerstag nächster Woche beschlossen und dann planungsrechtlich umgesetzt werden.

Posch, der Vorstand des Zweckverbandes und auch die Bürgerinitiative äußerten sich hoch zufrieden mit dem gefundenen Kompromiss. BI-Sprecher Hans Paulus stellte fest, dass es nun auch keine Probleme mehr mit dem Verkauf der für die Umgehungsstraße benötigten Flächen geben werde.

Verkehrsminister Posch rief alle Beteiligten auf, jetzt an einem Strang zu ziehen, um das Modellprojekt eines so großen gemeinsamen Gewerbegebietes von fünf Kommunen zu verwirklichen. Dies könne nur gelingen, wenn das Gesamtkonzept inklusive Zubringer von der B 83 zur A 7 realisiert werde.

Klaus Stiegel, Vorsitzender des Zweckverbandes und Bürgermeister von Felsberg, rechnet aber nicht damit, dass sich gegen den Zubringer ähnlicher Widerstand wie gegen die ursprüngliche Trasse der Umgehung Ostheim formieren wird. Die jetzige Linienführung sei nach Ansicht aller Parteien die denkbar beste, kleiner Korrekturen seien zudem noch möglich.

Bürgerbegehren ist noch offen

Ungeklärt ist derzeit noch, was aus dem durch die BI Ostheim angestregtem Bürgerbegehren wird, über das das Malsfelder Parlament nächsten Donnerstag entscheiden muss. Einmal in Gang gesetzt, ist das Verfahren nicht so ohne weiteres zu stoppen.

Die Bürgerinitiative jedenfalls will vorerst an dem Begehren festhalten. Zwar wurden alle Forderungen zur

Nordumgehung Ostheims erfüllt, das Begehren hierzu hat sich damit erübrigt. Gleichzeitig wurde aber auch der Autobahn-Zubringer zur Debatte gestellt, was den Ostheimern die erforderlichen Unterschriften der Bevölkerung aus den anderen Malsfelder Ortsteilen gesichert haben dürfte. Dem, so Hans Paulus, müsse Rechnung getragen werden. (tom)

NORDUMGEHUNG

BI Ostheim plant Bürgerbegehren

09
01
2007

Die Bürgerinitiative (BI) „Zukunft Ostheim“ will versuchen, den Bau der Nordumgehungsstraße mit einem Bürgerbegehren zu stoppen. Am Donnerstag soll darüber diskutiert werden.

OSTHEIM ■ „Es ist 5 vor 12 - das Bürgerbegehren muss kommen!“ Mit diesen Wort lädt die Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim“ die Bevölkerung für Donnerstag, 11. Januar, ins Dorfgemeinschaftshaus ein.

Dort soll ab 20 Uhr über die Einleitung eines Bürgerbegehren diskutiert werden. Ziel soll es sein, den Bau der Nordumgehung Ostheims im Zusammenhang mit dem neuen Gewerbegebiet auf der jetzt vorgesehenen Trasse zu verhindern.

Bei dem Treffen am Donnerstag will sich die BI auch ihres Rückhalts in der Ostheimer Bevölkerung versichern. Bei einer Unterschriftenaktion im vergangenen Jahr hatten sich über 80 Prozent der Ostheimer hinter die Forderung der BI nach einer ortsferneren Umgehungsstraße gestellt.

Um ein Bürgerbegehren ein-

leiten zu können, muss das Anliegen von mindestens zehn Prozent der wahlberechtigten Einwohner einer Kommune per Unterschrift unterstützt werden. Das schreibt die Hessische Gemeindeordnung vor. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheidet dann das Gemeindeparlament.

Stimmt die Gemeindevertretung zu, kommt es zu einem Bürgerentscheid. Der ist dann im Sinne der Antragsteller entschieden, wenn sich die Mehrheit der gültigen Stimmen für ihre Position entscheidet und wenn diese Mehrheit mindest 25 Prozent der Wahlberechtigten beträgt.

Sollte der Bürgerentscheid kommen und eine solche Mehrheit erhalten, wäre die Gemeindevertretung für drei Jahre an dieses Votum gebunden.

Es wäre der zweite Bürgerentscheid im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet. Am 17. November 1996 hatten 2192 von 3186 wahlberechtigten Malsfeldern darüber abgestimmt. Damals votierten 53,26 Prozent für, 46,73 Prozent gegen das Gewerbegebiet. In Ostheim hatte es 138 Ja- und 86 Nein-Stimmen gegeben.

(tom)

Rhiel-Zusage für Umgehung Ostheim

Verkehrsminister sichert Baubeginn Mitte 2004 zu – Bescheid über 13,5 Mio. Euro für Zubringer

Von Thomas Stier

MALSFELD / MELSUNGEN.

Am Endpunkt einer wichtigen Etappe auf dem Weg zum Gewerbegebiet Ostheim gab's als Bonus eine ministerielle Zusage: „Wir werden im nächsten Jahr auch die 1,5 Millionen Euro für die Nordumgehung Ostheim zur Verfügung stellen. Wir stehen dafür, den Menschen in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns zu stellen“, erklärte Hessens Verkehrsminister Alois Rhiel gestern auf Nachfrage der HNA nach der Freigabe des neuen Autobahnanschlusses Malsfeld (siehe auch Bericht Nordhessen-seite).

Die Menschen in Ostheim werden das Versprechen mit Freude hören, fehlte doch bislang eine verbindliche Zusage über die Finanzierung ihrer Ortsumgehung. Nachdem Rhiel gestern auch den Bewilligungsbescheid über 13,5 Millionen Euro für die Zubringerstraße von der B 83 ins Hochland mitgebracht hatte, ist auch deren Bau gesichert.

Beide Straßen sind wichtig, damit der durch den neuen Autobahnanschluss Malsfeld angezogene Verkehr nicht durch die Hochlanddörfer rollen muss. Die Fuldastraße beim Gut Fahre ist bereits im Bau, die 4,8 Kilometer lange Straße von der B 83 soll Ende 2004, Anfang 2005 fertig sein.

Die gestrige Freigabe des Anschlusses an der neuen Autobahnbrücke in der Ostheimer Senke markiert einen Meilenstein auf dem langen und dornenreichen Weg hin zum interkommunalen Gewerbegebiet Mittleres Fulda-tal. Jahrelang hatten Bürgerinitiativen das Vorhaben bekämpft, weil sie unerträgliche



Geldwechsel: Klaus Stiegel, Bürgermeister von Felsberg und Vorsitzender des Zweckverbandes für das Gewerbegebiet, hält strahlend den Bewilligungsbescheid über 13,5 Millionen Euro fest, der ihm gerade von Hessens Verkehrsminister Alois Rhiel überreicht wurde. Das Geld ist für den Bau des Zubringers von der B 83 zum neuen Autobahnanschluss Malsfeld bestimmt. FOTO: MEYER

Belastungen für die Hochlanddörfer befürchtet und einen Erfolg des Gewerbegebietes bezweifelt hatten.

Die Zusage des damaligen Verkehrsministers Dieter Posch, 500 Meter nördlich von Ostheim eine neue Autobahnbrücke zu finanzieren, hatte den Durchbruch zur Verwirklichung des Gesamtprojektes gebracht. Posch gestern: „Das ist auch für mich ein bewegender Moment. Ohne die Kooperationsbereitschaft der Bürgerinitiativen würden wir heute nicht hier stehen.“

Für Klaus Stiegel, Bürgermeister in Felsberg und Vorsitzender des Zweckverbandes für das Gewerbegebiet bei

Ostheim, wurde gestern „eine Vision Wirklichkeit“. Wenn jetzt noch Zubringer und Umgehung Ostheim fertig würden, gebe es „sehr viele glückliche Menschen im Hochland“, sagte Stiegel.

Zweifel daran, dass das neue Gewerbegebiet den erhofften wirtschaftlichen Auf-

Stiegel hält bis zu 600 Arbeitsplätze für möglich

schwung für den Schwalm-Eder-Kreis und die gesamte Region bringen werde, ließ Stiegel nicht zu. Bereits heute seien ein Drittel der 30 Hektar großen Fläche verkauft, würden kurzfristig 200, auf mitt-

lere Sicht bis zu 300 neue Arbeitsplätze in den vier Betrieben entstehen.

Nachdem die Fläche nun direkt über die Autobahn erreichbar sei, werde mit der überregionalen Vermarktung des Gewerbegebietes begonnen. Derzeit gebe es drei konkrete Interessenten, mit vier anderen Unternehmen werde verhandelt. Optimistisch gerechnet könnten auf dem Teilstück der Gesamtfläche etwa 600 Arbeitsplätze entstehen. Der Zweckverband halte auch am Vorhaben fest, hier ein neues Gründerzentrum zu bauen, sagte Stiegel. Ein Förderantrag hierfür liege dem Land vor. ► **übernächste Seite**

Wenn Sie
mich fragen ...

19.09.2003



Bettina
Sanger-
hausen

Und wieder droht der Verkehr, Ostheim zu überrollen. Der Bau des Autobahnzubringers geht zügig voran, die Ortsumgehung aber lässt auf sich warten. Doch die Menschen und Politiker in Malsfeld rüsten sich bereits. Dass sie kämpfen können, haben die Ostheimer schon bewiesen, als es um die Trasse für die Nordumgehung ging. Vielleicht müssen sie nun erneut mobil machen, um die Blechlawine abzuwenden. Minister Riehl hat die hochländische Kampfbereitschaft und Ausdauer schließlich noch nicht live erlebt.

» melsungen@hna.de

Umgehung in weiter Ferne?

Verkehrsminister hält sich bedeckt, Vorhaben auf Dringlichkeitsliste

OSTHEIM / MALSFELD. Während die Arbeiten am Autobahnzubringer zügig vorangehen, steht der Baubeginn für die Ortsumgehung Ostheim noch in den Sternen. Einst für 2003 zugesagt, kündigte Hessens Verkehrsminister Dr. Alois Riehl, als er den Autobahnanschluss eröffnete, den Beginn der Arbeiten erst für nächstes Jahr an.

Diese Verzögerung hat Politiker jeder Couleur auf den Plan gerufen. Die Landtagsabgeordneten Dieter Posch (FDP), Mark Weinmeister (CDU) und Günter Rudolph (SPD) schalteten sich gemeinsam ein. Der Zweckverband interkommunales Gewerbegebiet schickte eine Resolution. Die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldata (GL) schrieb den Minister ebenfalls an. Sie alle fordern, dass mit dem Bau der Nordumgehung Ostheim noch in diesem Jahr begonnen wird.



Auf der Brücke: Die Arbeiten am Autobahnzubringer, der über die Fulda führt, gehen zügig voran. Hier bewegt Dieter aus dem Bruch ein Stahlteil.

FOTO: MÜLLEF

Die Autobahnanschlussstelle ist eröffnet, die Ortsumgehung Homberg auch. Beides habe bereits dazu geführt, dass der Durchgangsverkehr in den umliegenden Orten gestiegen sei, berichten Dr. Johannes Heyn und Edgar Jannasek von der GL. 2004 oder 2005 wird die Kreisstraße 20 fertig, der neue Autobahnzubringer. Alle Hoffnungen richten sich darauf, dass bis dahin auch die Umgehung steht.

Doch Riehl hat diesen Hoffnungen in einem Schreiben an Posch eine Absage erteilt. Die Vorgaben des Finanzministeriums zur Haushaltssperre, schrieb Riehl, machten es derzeit der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung unmöglich, die Arbeiten für die-

se Ortsumgehung – eine neue Maßnahme – noch in diesem Jahr zu vergeben. Er habe die Umgehungsstraße allerdings auf eine Liste vordringlicher Landesstraßenbauprojekte gesetzt und diese Finanzminister Karl-Heinz Weimar vorgelegt. Riehl habe Weimar gebeten, die Haushaltssperre für die noch nicht ausgegebenen Landesmittel im Straßenbau 2003 aufzuheben. Wenn Weimar in diesem Sinne entscheide, könnte die Ausschreibung anlaufen.

Das allein, so kritisiert Posch, reiche nicht. „Ich hätte erwartet, dass man sich der Ortsumgehung Ostheim in besonderer Weise verpflichtet fühlt und sie nicht nur auf eine Projektliste setzt, wo sie im

Wettbewerb mit vielen anderen Maßnahmen steht“, formuliert es Posch. Er habe mit Finanzminister Weimar und Verkehrsminister Riehl erneut gesprochen und gebe die Hoffnung nicht auf, dass doch noch eine Lösung im Interesse Ostheims gefunden werde. Denn „das ist nicht vergleichbar mit einer normalen Situation, weil es schon eine Zusage gab“, so Posch. Bereits vor der Eröffnung des Autobahnanschlusses habe er Riehl gesagt, wie wichtig die Umgehung ist. Im Landeshaushalt 2003 seien 30 000 Euro für eine Brücke bereits eingestellt. Wenigstens dieses Geld, so Posch, sollte die Landesregierung locker machen, damit angefangen werden kann. (TNS)